



Industrieforum

Nischenplayer und Zukunftstechnologien

Industriepolitik

Russland und der globale Wettbewerb

Industriekonjunktur aktuell

Schatten der Finanzkrise verblasen



Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzwerdungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: <http://wko.at/industrie>,
E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium

Obmann Mag. Sigi Menz, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Stellvertreter KommR DI Dr. Clemens Malina-
Altzinger, Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
kooptiert: Günter Dörflinger, MBA Christof
Industries GmbH

kooptiert: MEP Dr. Paul Rübiger, Rübiger GmbH & Co KG

Geschäftsführer

Mag. Andreas Mörk

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: 513 44 11-0
Telefax: 513 44 11-2099
Internet: <http://www.iwi.ac.at>,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler,
Wirtschaftsuniversität Wien
Stellvertreter Gen.Sekr. Mag. Anna Maria
Hochhauser, Wirtschaftskammer Österreich
Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer,
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Mag. Markus Beyrer, Business Europe
Dr. Wolfgang Damianisch
Mag. Christian Domany, Unternehmensberater
Dr. Erhard Fürst
DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold,
Münze Österreich AG
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Stellvertreter Prof. Herbert Krejci,
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Dir. Mag. Dr. Johannes Turner,
Oesterreichische Nationalbank

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: 43 1 711135 – 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung, www.twitter.com/iv_news

E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Mag. Georg Kapsch, Kapsch AG
Vizepräsident Ing. Hubert Bertsch,
BERTSCH-Holding
Vizepräsident Dr. Axel Greiner, Greiner Gruppe
Vizepräsident KR Mag. Otmar Petschnig,
Fleischmann & Petschnig Dachdeckungs GmbH

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph Neumayer
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter Koren



editorial

Mag. Sigi Menz
Flexible Arbeitszeiten sichern
Arbeitsplätze und Einkommen

forum

Nischenplayer als Export-Weltmeister:
Der Standort Österreich als Basis
für den internationalen Erfolg

Zukunftstechnologien:
Innovative Industrie-Unternehmen
aus Österreich und ihre Top-Produkte

Interview:
Die Industrie als Konjunkturmotor braucht
eine gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik,
Freihandel und Fachkräftenachwuchs
Christoph Niedermayer,
Generalsekretär Industriellenvereinigung

politik

Russland und die EU:
Wie Österreich von seiner Position als
verlässlicher Wirtschaftspartner profitiert

Interview:
Refomen in der Wirtschaftskammer,
Arbeitszeitflexibilisierung und die Rolle
Österreichs als Brückenbauer zu Russland
Harald Mahrer,
Präsident Wirtschaftskammer Österreich

Globaler Wettbewerb:
Die österreichische Industrie hat auf die
Globalisierung erfolgreich reagiert

Energiekostenvergleich:
Ein Check der WKÖ belegt, dass Österreich
bei Stromzusatzkosten im Vergleich
zu Deutschland nachhinkt

konjunktur

Kommentar zur internationalen
Konjunktorentwicklung
4 FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

Industriekonjunktur:
Wachstum legt trotz Störfaktoren zu
Mag. Andreas Mörk 32

6 konjunktur nach branchen

Branchenübersicht 34

Gesamtindustrie 35

9 Bergwerke und Stahl 35

Stein- und keramische Industrie 36

Glasindustrie 36

Chemische Industrie 37

Papierindustrie 37

PROPAK – Industrielle Hersteller von

Produkten aus Papier und Karton 38

14 Bauindustrie 38

Holzindustrie 39

Lebensmittelindustrie 39

Textil-, Bekleidungs-,

Schuh & Lederindustrie 40

NE-Metallindustrie 40

18 Metalltechnische Industrie 41

Fahrzeugindustrie 41

Elektro- und Elektronikindustrie 42

Offenlegung, Impressum 42

inhalt

Fotos: Pixabay (2), Marek Knopp

Flexible Arbeitszeiten sichern Arbeitsplätze und Einkommen

Die Gesamtlänge der individuellen Arbeitszeit ist seit der industriellen Frühzeit des 19. Jahrhunderts deutlich zurück gegangen. An diesem gesellschaftlichen Fortschritt wird nicht gerüttelt. Veränderte Nachfragemuster führen aber zur unbedingten Notwendigkeit, auch in der Industrie die (unveränderte) Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

Autor: Mag. Sigi Menz



Mag. Sigi Menz, Obmann der Sparte Industrie und
Aufsichtsrat der Ottakringer Getränke AG

Schwere Geschütze wurden in den letzten Wochen gegen die maßvollen gesetzlichen Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit in Stellung gebracht. Eine der öffentlichkeitswirksamen Aktionen war eine Pressekonferenz am 27. Juni 2018, bei der verschiedene Experten gegen die Flexibilisierung aufgebieten wurden. Darunter war ein Professor für Soziologie an der Universität Wien, der die ökonomische Notwendigkeit der Novelle in Zweifel gezogen hat: Flexible Arbeitszeiten, um Aufträge schneller abarbeiten zu können, bringen insgesamt keinen Vorteil, da dann ein anderes Unternehmen eben diesen Auftrag nicht bekommt.

Diese Aussage offenbart ganz grundsätzlich ein Missverständnis, nämlich dass Wirtschaften ein Nullsummenspiel sei. Aber selbst wenn man sich auf dieses Argumentationsmuster einlässt und den Wettbewerb am Markt als einen Kampf um eine fixe Zahl an Aufträgen ansieht, wird damit – in einer globalen Wettbewerbssituation – die Bedeutung flexibler Arbeitszeiten eindrücklich bestätigt: Wer zu unflexibel ist, verliert heute den Auftrag; und wenn alle österreichischen Unternehmen aufgrund rigider Arbeitszeitregelungen zur Inflexibilität verurteilt sind, wandern alle Aufträge an Konkurrenten in anderen Ländern.

Im globalen Konkurrenzkampf sind Unternehmen umfassend gefordert: Neben Qualität und Preis zählen immer mehr auch der Grad des Services, der nicht zuletzt die Geschwindigkeit und Flexibilität in der Auftragserfüllung umfasst. Gerade im lukrativen Bereich maßgeschneiderter Produkte und Dienstleistungen ist eine rasche Handlungsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Hinzu kommt, dass praktisch alle internationalen Unternehmen aus Gründen der eigenen Reaktionsgeschwindigkeit auf neue Trends und der Reduktion der Kapitalbindung ihre Warenlager möglichst klein halten und dafür von ihren Lieferanten kurzfristigste Lieferbereitschaft einfordern; ohne diese Fähigkeit ist es mittlerweile faktisch unmöglich zu einem bevorzugten Lieferanten eines global tätigen Unternehmens zu werden.

Auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu verzichten hätte daher einen hohen Preis: Verlorene Aufträge führen zu einem verminderten Spielraum bei den Löhnen und Gehältern, zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, zu geringerer Steuerleistung

Auf Arbeitszeit-Flexibilisierung zu verzichten hätte einen hohen Preis: Verlorene Aufträge führen zu einem verminderten Spielraum bei Gehältern und Löhnen, zum Abbau von Arbeitsplätzen, zu geringerer Steuerleistung und letztlich zu einer Verminderung des Wohlstandes in Österreich.

und letztlich zu einer Verminderung des Wohlstandes in Österreich. Dafür ist wohl die breite Mehrheit in Österreich nicht zu haben, die sich vor der Alternative, gelegentlich ein oder zwei Stunden (bezahlterweise) mehr zu arbeiten oder den eigenen Arbeitsplatz und das eigene Einkommen zu gefährden, wohl eindeutig für flexiblere Arbeitszeitformen entscheiden würde.

Mit gutem Grund war daher Anfang 2017 die Flexibilisierung der Arbeitszeit – einschließlich des Zwölfstundentages – Teil des „Plan A“ des damaligen Bundeskanzlers Christian Kern, und die SP-geführte Bundesregierung hat im Frühjahr letzten Jahres die Sozialpartner zur Vorlage entsprechender Umsetzungskonzepte aufgefordert. Verbunden mit der Rute im Fenster, dass bei mangelnder Einigung der Sozialpartner die Bundesregierung einseitig Schritte hin zur Flexibilisierung setzen werde. Dies ist jetzt geschehen. Zum Vorteil für den Wirtschaftsstandort Österreich, für Österreichs Unternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen. ■

Nischenplayer spielen auf dem Weltmarkt vorne mit

Für viele heimische Unternehmen ist der Standort in Österreich die Basis für ihren Erfolg. Doch auch, wenn hier produziert wird, so ist es von Anfang an das Ziel, sich am Weltmarkt zu etablieren.

Am besten gelingt der Schritt über die Grenzen Unternehmen, die in Zukunftsbranchen zu Hause sind. In kleinen, zukunftssträchtigen Nischen können sich die heimischen Betriebe als Marktführer durchsetzen und treiben durch ihr internationales Engagement den wirtschaftlichen Aufschwung voran. Österreich ist bei den Pro-Kopf-Exporten die Nummer fünf in der EU!

Global tätig

Doch wie wichtig ist die internationale Ausrichtung für die Konzerne? „Sie ist Programm!“, bringt es Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende Infineon Technologies Austria AG, auf den Punkt. „Infineon ist ein global tätiges Unternehmen, das weltweit F&E- sowie Produktionsstandorte betreibt. Und wir leben diese Internationalität und die damit einhergehende Diversität in unserer Unterneh-

menkultur. Das sehen wir als enorme Bereicherung und letztendlich als Erfolgsfaktor“, so Herlitschka weiter. Und Infineon ist Weltmarktführer in vielen Bereichen. „In unseren Märkten haben wir uns dank führender Technologien und differenzierender Fertigungsexpertise eine hervorragende Position erarbeitet. Wir adressieren mit unseren Produkten die Megatrends Energieeffizienz, Mobilität, Sicherheit und digitale Vernetzung. Diese Chancen wollen wir auch aus Österreich heraus nutzen: mit unserem globalen Kompetenzzentrum für Leistungselektronik in Villach und der angekündigten Großinvestition von 1,6 Milliarden Euro in eine neue Chipfabrik, die der Infineon-Konzern in Österreich errichtet“, erklärt Herlitschka. Die Exportquote von Infineon liegt bei 100 Prozent.

Für das internationale Engagement wurde Infineon mit dem Exportpreis 2018 der WKO ausge-

Fotos: Infineon, RHI Magnesita, Frank Helmrich

Infineon



Die Exportquote von Infineon liegt bei 100 Prozent. Aktuell boomt beispielsweise das Produktgeschäft für chinesische Solaranlagen.



„Exportpreis macht den internationalen Erfolg nach außen sichtbar.“ Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende Infineon Technologies

zeichnet. Eine Auszeichnung mit großer Bedeutung. „In erster Linie ist er eine Anerkennung für die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den vergangenen fünf Jahren ist es uns gemeinsam gelungen, das weltweite Produktgeschäft für Leistungselektronik massiv zu erweitern. Infineon Austria hat sich so in wichtigen Wachstumsmärkten wie USA und China mit weltweit führenden Kompetenzen für Elektromobilität, erneuerbare Energie und Energieeffizienzlösungen ausgezeichnet positioniert. Mit dem Exportpreis wird dieser Erfolg nach außen hin sichtbar“, so Herlitschka.

Hohe Exportquoten

Auch RHI Magnesita gehört zu den Global-Playern und zeigt, wie wichtig die internationale Vernetzung ist. „Wir sind an 35 Hauptproduktionsstandorten in 16 Ländern und über 70 Vertriebsstandorten weltweit für unsere Kunden da. Diese globale Kundennähe ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal und wir können dadurch unseren Kunden in 180 Ländern den bestmöglichen Service bieten“, so Stefan Rathausky, Senior VP Marketing & Corporate Communications bei RHI Magnesita. Die Exportquote liegt bei weit über 95 Prozent.

Mit Feuerfestmaterialien hat sich RHI in einer sehr zukunftsorientierten Nische etabliert. „Die Feuerfest-Produkte von RHI Magnesita sind die Grundlage für die moderne Gesellschaft und machen das erst möglich, was uns heute selbstverständlich erscheint, wie Autos, Smartphones, Gebäude oder Straßen. Denn Feuerfestprodukte sind für industrielle Hochtemperaturprozesse über 1.200 °C unverzichtbar und kommen unter anderem in der Stahl-, Zement-, Nichteisenmetalle- und Glasindustrie zum Einsatz. Sie stellen damit die Industrieproduktion, den reibungslosen Wirtschaftskreislauf sowie den Wohlstand in Österreich, Europa und der ganzen Welt sicher“, so Rathausky. RHI Magnesita ist weltweiter Technologieführer. Die Innovationskraft ist ein entscheidender Erfolgsfaktor und beruht auf einer jahrzehntelang etablierten und erfolgreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit, die umfassendes Feuerfestwissen und vor allem auch Feuerfestverständnis in den Kundenprozessen aufgebaut hat. „Wir investieren 37 Millionen Euro jährlich in Forschung und Entwicklung und damit mehr als jeder Mitbewerber Jahr für Jahr in Produkt- und Serviceinnovationen. Unsere fünf Forschungszentren auf vier Kontinenten mit dem Research Hub in Leoben arbeiten in ständigem Kontakt mit renommierten



„Eine gewichtige Anerkennung unserer Leistungen im Außenhandel.“
Stephan Rathausky, Sen. VP Marketing & Corp. Communications RHI



RHI Magnesita erzielte 2017 einen Pro-Forma-Umsatz von 2,7 Milliarden Euro bei einer Exportquote von über 95 Prozent.

RHI

Forschungsinstitutionen, Universitäten und Kunden daran, Innovationen voranzutreiben. In Sachen Robotik, Big Data und Künstlicher Intelligenz sind wir führend in unserer Industrie.

Auch RHI Magnesita wurde mit dem Exportpreis ausgezeichnet. Dazu Rathausky: „Der österreichische Exportpreis ist für uns als Weltmarktführer im Feuerfestbereich eine gewichtige Anerkennung unserer Leistungen im Außenhandel. Der Preis spiegelt die Kundenorientierung und Innovationskraft unserer 14.000 Mitarbeiter wider, die tagtäglich zum Erfolg von RHI Magnesita beitragen. Für uns als „Hidden Champion“ im B2B-Bereich ist der Exportpreis eine tolle Plattform, um die außerordentlichen Leistungen unseres Unternehmens und unserer Mitarbeiter einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

Nischenplayer aus Vorarlberg

In einer gänzlich anderen Sparte ist das Vorarlberger Unternehmen WolfVision tätig. WolfVision verbessert mit innovativen Kommunikationslösungen und Dienstleistungen die Zusammenarbeit in Lehre, Präsentation und Workshops. Die

Ausrichtung der Firmengruppe, die nach wie vor zu 100 Prozent in Familienbesitz ist, ist international. „Wir haben eine Exportquote von 99,5 Prozent“, heißt es von WolfVision. Zu den Kunden zählen die großen Universitäten auf der ganzen Welt. Die internationale Vernetzung ist daher für das Unternehmen extrem wichtig. „Wir sind in einem Nischenmarkt tätig und müssen nah am Kunden sein. Wir präsentieren unsere Lösungen vor Ort und arbeiten mit den Kunden zusammen“, so Patrick O. Maier. Einer der Hauptmärkte ist die USA, das Unternehmen hat aber auch Niederlassungen in Großbritannien, Norwegen, Kanada, China oder Indien. „Es lässt sich zwar vieles aus Österreich steuern, aber Vertriebsmitarbeiter vor Ort sind das A & O für uns. Die Kunden kaufen bei uns eine hervorragende Qualität, dazu gehört auch die Betreuung in den Ländern.“

Der Exportpreis 2018 ist für das Unternehmen etwas besonderes: „Dass wir als mittelständisches Unternehmen aus Vorarlberg gemeinsam mit den großen Playern ausgezeichnet werden, ist eine große Freude für uns.“

Autorin: Herta Scheidinger

Fotos: WolfVision, Frank Helmrich, Schiebel | (2)

WolfVision



Weltweit setzen alle großen Universitäten auf die Lösungen für Präsentations- und Kollaborationstechnologien von WolfVision.



„Die Auszeichnung mit dem Exportpreis ist eine große Freude für uns.“
Michael Lisch, Geschäftsführer WolfVision

Zukunftstechnologien – Österreichs Industrie für morgen

Mit ihren zukunftsweisenden Produkten sind sie Aushängeschilder der österreichischen Industrie: Wir stellen heimische Betriebe vor, die in ihren Bereichen bereits Marktführer sind und das Potential haben, auch morgen global in der ersten Reihe mitzuspielen.

Schiebel



„Wir wollen Innovation mit Verantwortungsbewusstsein betreiben.“
Hannes Hecher, CEO Schiebel



Das Wiener Familienunternehmen Schiebel dominiert mit unbemannten Hubschraubern und Minensuchgeräten den Weltmarkt.

Unbemannte Hubschrauber und Minensuchgeräte made in Austria? Kein Problem, der globale Marktführer in beiden Bereichen kommt aus Österreich, heißt Schiebel und hat Standorte in Wien und Wiener Neustadt sowie Niederlassungen in den USA, Südostasien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. 1951 gegründet ist Schiebel trotz seines Erfolges bis heute ein Wiener Familienunternehmen geblieben. Und auch die Zulieferer von Schiebel sind fast ausschließlich österreichische Betriebe. Jährlich investiert das Unternehmen rund 20 Prozent des Umsatzes in Forschung und Entwicklung. Die Exportquote beträgt 100 Prozent. Und auch für die Zukunft ist man gerüstet, wie Schiebel-CEO Hannes Hecher erklärt: „Obgleich der Schiebel CAMCOPTER® S-100 bereits globaler Marktführer im Bereich unbemannter Hubschrauber ist, gibt es in dieser

Hinsicht noch größeres Potential. Die Nachfrage ist ungebrochen hoch, insbesondere aus dem öffentlichen Sektor. Aus technischer Perspektive konzentrieren wir uns beim CAMCOPTER® S-100 auf eine weitere Erhöhung der möglichen Flugdauer sowie die Entwicklung größerer Beladungskapazitäten.“

Zentrales Thema der Zukunft

„Was zukünftige Forschungs- und Entwicklungsagenden anbelangt“, sagt Hecher weiter, „stellen wir uns zu jeder Zeit die Frage, welchem Zweck und Ziel unsere Innovationen dienen können, welchen Mehrwert wir durch unsere Produkttechnologien schaffen. Neben den Einsatzszenarien in öffentlichen und maritimen Bereichen bleibt das Potential des CAMCOPTER® S-100 im zivilen Be-

frequentis



Flugsicherung von morgen: Frequentis' Remote Virtual Tower-Lösungen dienen zur Steuerung mehrerer Airports von einem Kontrollcenter aus.



„Die Produktentwicklung erfolgt ausschließlich bei uns im Haus!“
Hermann Mattanovich, CEO Frequentis

reich daher zentrales Thema in der Zukunft – es geht hier unter anderem um den Einsatz des CAMCOPTER® S-100 zu Gunsten des landwirtschaftlichen Fortschritts sowie um bestmögliche Unterstützung im Falle von Katastrophen oder Unglücken.“

Standort-Treue

Schiebel bekennt sich von Beginn an klar zum Standort Österreich. Der nach modernsten Standards gebaute und eingerichtete Standort in Wiener Neustadt wurde in dieser Form erst 2006 eröffnet. Hannes Hecher berichtet: „Wir sind stolz auf unsere Unternehmensgeschichte und sehen sie untrennbar mit dem Land verbunden. Unsere zwei österreichischen Standorte sind eine ausgezeichnete Unternehmensbasis: Sowohl Wien als auch Wiener Neustadt verfügen über hervorragende Rahmen- und Produktionsbedingungen und höchst qualifizierte Mitarbeiter, die den Unternehmensegeist Schiebels seit jeher mitbringen. Wir sind jedoch auch weltweit vertreten und haben zusätzlich Niederlassungen in den USA, Südostasien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dennoch viel wichtiger, als einzelne Standorte im internationalen Vergleich nach ihrer Wirtschaftlichkeit oder nach ihrem Potenzial im Bereich Zukunftstechnologien zu kategorisieren, ist die Weitsicht eines

jeden Unternehmens. Wissen und Forschung innerhalb und außerhalb nationaler Grenzen zu erkennen und zu beobachten, neue Forschungsperspektiven zu entwickeln und diese wiederum an unseren Standorten einzubringen – darin sehen wir die Chancen der Zukunft.“

Innovation mit Verantwortung

„Wir möchten die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft als verantwortungsvolle Innovation beschreiben“, erklärt Hecher und ergänzt: „Betrachten wir die jüngsten technologischen Entwicklungen und daraus resultierende Fragestellungen, geht es zunehmend um zwei gegensätzliche Bedürfnisse: Einerseits streben wir im Alltag nach Geschwindigkeit, nach Vereinfachung durch digitalisierte Prozesse, nach technischem Fortschritt. Andererseits ist es dem Menschen ein Grundbedürfnis, seine Privatsphäre zu wahren, seine Daten zu schützen, und eben nicht der gläserne Mensch zu werden. Und genau das ist die Anforderung an die Technologie der Zukunft: auf Know-how und Integrität basierenden Fortschritt zu gewährleisten, der keines dieser gegensätzlichen Bedürfnisse außer Acht lässt. Ich sehe unsere Verantwortung als technologie-orientiertes Unternehmen darin, Innovation mit Verantwortungsbewusstsein zu betreiben.“

Fotos: Frequentis, Frequentis/Simons, EVO_tech (2)

EVO_tech



Das junge Unternehmen EVO_tech aus Schörfling am Attersee ist in Europa Marktführer bei industriell genutzten 3D-Druckern.



„Dass wir aus Österreich sind, ist für uns ein Riesenvorteil!“
Markus Kaltenbrunner, Geschäftsführer EVO_tech

Frequentis

Nicht minder innovativ ist ein anderer Top-Unternehmen aus Österreich: Frequentis ist ein internationaler Anbieter von Kommunikations- und Informationssystemen für Leitzentralen mit sicherheitskritischen Aufgaben. Solche „Control Center Solutions“ entwickelt und vertreibt Frequentis in den Geschäftssegmenten Air Traffic Management (zivile und militärische Flugsicherung, Luftverteidigung) und Public Safety und Transport (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Schifffahrt, Bahn). Frequentis verfügt über ein weltweites Netzwerk an Niederlassungen, Tochtergesellschaften und lokalen Repräsentanten in über 50 Ländern. Produkte und Lösungen von Frequentis sind an mehr als 25.000 Arbeitsplätzen und in mehr als 130 Ländern zu finden. Man ist Weltmarktführer im Bereich der Sprachvermittlungssysteme.

Flugsicherung heute und morgen

Die Frequentis AG und die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH haben jüngst eine Vereinbarung zur Gründung eines Joint Ventures zur Herstellung und Errichtung schlüsselfertiger Remote-Tower-Lösungen unterzeichnet. Mit der Zusammenarbeit bündeln die Unternehmen ihr technisches und betriebliches Know-how in Remote-Tower-Pro-

jekten. Das neue, global agierende Joint Venture wird unter dem Namen Frequentis DFS Aerosense GmbH firmieren und seinen Sitz in Österreich haben. Die Fernüberwachung von Flughäfen gewinnt in der Flugsicherungsbranche zunehmend an Bedeutung. Remote-Tower-Lösungen ermöglichen, dass die Platzkontrolle an einem Flughafen nicht mehr durch Fluglotsen vor Ort durchgeführt wird, sondern mittels einer Außensichtersatz-Technologie von einem anderen Ort aus. So können Fluglotsen die Starts, Landungen und Rollbewegungen von Flugzeugen an verschiedenen Flughäfen von einem weiter weg gelegenen zentralen Standort leiten. Dadurch lassen sich bei Erhöhung der Produktivität zugleich eine signifikante Reduktion der Kosten sowie Effizienzgewinne erzielen. Für Frequentis-CTO Hermann Mattanovich ist die Kooperation eine logische Entwicklung: „Unser Marktumfeld sind sicherheitskritische Kontrollzentralen für Flugsicherungen, Polizei, Feuerwehr, Rettung, für Militär, für die Schifffahrt, für den Bahnverkehr. In diesen Kontrollzentralen liefern wir Systeme für Sprachkommunikation, wir liefern Kontrollsysteme und Netzwerkdienste für Sprach- und Datenverbindungen. Und wir liefern taktische Lagedarstellung und Managementsysteme. Frequentis investiert jedes Jahr rund 12 Prozent der Betriebsleistung in Research und Development. Den Großteil der Entwicklung machen wir selbst, die Produktent-

Alicona



„Wir sind in einer speziellen Nische unterwegs, aber als Spitzenplayer.“
Stefan Scherer, Gründer und CEO Alicona



Die neueste Produkt-Innovation von Alicona: Das optische μCMM zur Präzisionsmessung der neuen Dimension.

wicklung sogar komplett im Haus. Wir arbeiten im Vorfeld bei der Innovation mit Universitäten und anderen Firmen zusammen. Wir haben für diesen Zweck einen eigenen Inkubator. D. h. wir finanzieren ein Startup-Center, wo wir kleinen Firmen, sehr oft Spin offs von Universitäten, für einige Jahre eine erste Heimat bieten, damit sie ihre Ideen entwickeln können. Einige dieser Ideen haben es bereits in die Innovationslandschaft der Frequentis geschafft.“

Automatisierung ist Wachstum

Eines ist klar für Mattanovich: „Ohne Automatisierung wäre das Wachstum der letzten 30 Jahre wie z. B. im internationalen Flugverkehr nicht möglich gewesen. Die Frage ist, wo ist die Grenze der Automatisierung. Das ist ein heikles Thema, das sieht man ja auch in den Flugzeugen, von ursprünglich einer Pilotencrew von vier Menschen ist man jetzt auf zwei herunter, jetzt wird darüber diskutiert, ob es auch mit einem einzigen Piloten möglich wäre. Da tun sich natürlich triftige Fragen auf. Was ist, wenn der eine Pilot ausfällt? Kann das Flugzeug vom Boden aus gesteuert werden? Kann es gelandet werden, wenn kein Pilot mehr an Bord ist? Da gibt es irgendwo eine Grenze. Ähnlich ist es in der Flugsicherung. Auch dort kann man automatisieren bis zu jenem Punkt, wo einem Lotsen so viele Flugzeuge zugeordnet sind, dass er sich nicht mehr

ausreichend einem Flugzeug zuwenden kann. Da gibt es eine Grenze, und wir sind knapp davor. Da stößt die Rationalisierung an Grenzen, und da kommt der Remote Tower ins Spiel. Wenn man den Betrieb mehrerer kleiner Tower in einem Center zusammenzieht, kann man Personal reduzieren. Da kann ich dort dann die Rate von Standby-Lotsen zu aktiven Lotsen ändern, das ist der erste einfache Schritt, aber des weiteren, mehrere Tower von zwei Lotsen bedienen lassen, wenn dort wenig los ist, und ich die Starts und Landungen so staffeln kann, dass ich nicht gleichzeitig zwei Flugzeuge landen muss. Das ist ein Thema, das momentan weltweit sehr im Fokus ist, aus Kostengründen, und das ist auch ein Thema, das wir sehr stark bearbeiten.“

Messtechnik made in Austria

Wenn es um Präzisionsmessungen in der Industrie geht, kommt man an der steirischen Alicona kaum vorbei. Sie ist 2001 gegründet worden, und beschäftigt sich mit optischer 3D-Messtechnik, also berührungsloser 3D-Messtechnik für die Fertigung und Qualitätskontrolle. Nicht ohne Stolz berichtet Gründer und CEO Stefan Scherer von den Anfängen: „Wir haben eine Technologie entwickelt, die sich Fokusvariation nennt, und in diesem Bereich sind wir global führend. Wir sind da in einer Nische, sehr speziell, aber dafür auch die Speer-

Fotos: Alicona (2), NGR (2)

NGR



Die neueste Entwicklung ist NGR Connect, eine digitale Lösung für Monitoring, Analyse und Wartung von Recycling-Maschinen.



Seit über 20 Jahren entwickelt, produziert und vertreibt NGR Kunststoff-Recyclinganlagen und verarbeitet weltweit Plastikabfälle.

spitze weltweit.“ Alicona bewegt sich in einem absoluten High-Tech-Markt, das Unternehmen ist weltweit aktiv, hat Niederlassungen in den USA, in Deutschland, Frankreich, England, Italien und Südkorea. „Unsere wichtigsten Branchen sind der Werkzeugbau, die Herstellung von Schneidwerkzeugen und generell die Präzisionsfertigung, das können Zulieferer sein, etwa Flugzeugturbinenhersteller, aber immer etwas, wo es um Präzisionsfertigung geht. Denn wir messen mit Genauigkeiten vom Bruchteil eines Haardurchmessers. Als wichtigste aktuelle Innovation haben wir zur Zeit unser optisches μ CMM, also ein optisches Mikrokoordinatenmessgerät, das die Vorzüge eines hochauflösenden optischen Oberflächenmessgerätes mit der Genauigkeit im Raum einer Koordinatenmessmaschine verbindet“, erklärt Scherer. „Und davon versprechen wir uns einen Riesenschritt nach vorne in der Messtechnik. Das kombiniert mit Automatisierung, davon versprechen wir uns den größten Input in der Zukunft.“

Marktführer bei 3D-Druckern

Dass Österreich auch in Sachen 3D-Drucker für die Industrie in Europa führend ist, mag überraschend klingen, ist aber ein Faktum. Verantwortlich dafür ist EVO_tech aus Schörfling am Attersee. „EVO_tech gibt es seit etwas mehr als fünf Jahren und

wir haben uns darauf spezialisiert, technische Kunststoffe zu verarbeiten“, erklärt Geschäftsführer Markus Kaltenbrunner, „und zwar nicht auf den Prototypen-Bau, sondern auf Automatisierungstechnik in Kleinserie. 60 Prozent unserer 3D-Druck-Maschinen sind im Vorrichtungsbau und in der Automatisierungstechnik im Einsatz. Das geht über konturnahe Spannpackungen bis zu Messvorrichtungen. Hauptsächlich werden damit Einzelteile erzeugt, die früher gefräst wurden, weil der 3D-Druck das deutlich günstiger macht. Dass wir aus Österreich sind, ist in unserem Fall ein Vorteil, denn wir sind die einzigen, die auf diesem Niveau in Europa fertigen, der große Mitbewerber kommt aus Amerika. Die Zukunft wird in unserem Bereich von vier Faktoren geprägt: Materialvielfalt, Prozessstabilität und -überwachung, Integrations- statt Insellösungen und Fortbildung der Mitarbeiter und Kunden.“

Und das ist auch, was alle hier präsentierten Unternehmen von Schiebel bis zum Recyclingpionier NGR ebenso wie zahlreiche weitere Industriebetriebe aus Österreich aus den verschiedensten Branchen von Maschinenbau bis Biotechnologie auszeichnet: Der Wille zu Innovation gepaart mit einer Verantwortung für die Welt von morgen. ■

Autor: Sebastian Wegener

„Protektionismus ist kein Zukunftsmodell“

Der Außenhandel sichert 1,7 Millionen Arbeitsplätze in Österreich – sofern die Rahmenbedingungen passen. Dazu gehören für Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), faire Freihandelsabkommen, eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik, gesicherter Fachkräftenachwuchs und moderne Arbeitszeitregeln.



Die Wirtschaft brummt, Österreich kann sich derzeit über eine Hochkonjunktur freuen. Wo sehen sie die wesentlichen Ursachen dafür?

Christoph Neumayer: Natürlich profitiert auch Österreich von der globalen Konjunkturerholung. Sieht man sich aber die sektoralen Wertschöpfungsbeiträge an, dann wird deutlich, dass der heimische Aufschwung zu mehr als 70 Prozent vom produzierendem Bereich einschließlich der ihm zurechenbaren Dienstleistungen getragen wird. Die Industrie ist also DER Wachstumsmotor in Österreich. Der industrielle Wertschöpfungsbeitrag aus dem Vorjahr fällt mit plus 6,6 Prozent mehr als doppelt so hoch aus wie jener der Gesamtwirtschaft.

Inwiefern spiegelt sich dieser Prozentsatz auf dem Arbeitsmarkt wider?

Die Industrie allein verantwortet bis Ende 2018 die Schaffung von voraussichtlich 24.000 neuen Arbeitsplätzen und wäre damit anderen Wirtschaftssektoren deutlich überlegen. Diese Summe ist beachtlich, jedoch befindet sich Österreich damit in Sachen Wirtschaftswachstum lediglich im besseren europäischen Mittelfeld.

Stellt die gute Auftragslage Betriebe auch vor Herausforderungen?

Neben anderen Aspekten ist sicherlich der gegenwärtige Fachkräftemangel eine große Herausforderung. Das führt mittlerweile dazu, dass Betriebe Aufträge ablehnen müssen, weil qualifiziertes Personal schlichtweg fehlt. Allein 2018 rechnen wir mit einem Fachkräftebedarf in der Industrie von 60.000 Menschen, mit einer voraussichtlichen Fachkräftelücke von 10.500 Personen, die wir nicht füllen können.

Was für Möglichkeiten sehen Sie, dieses Problem zu lösen?

Kurzfristig braucht es eine Fachkräfteoffensive: Österreich sollte gezielt in jenen Ländern werben, in denen es Menschen mit den notwendigen Qua-

lifikationen gibt. Eine weitere Notwendigkeit ist die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte: Anträge müssen schneller abgewickelt werden. Ebenso sollten Personen mit Bachelor-Abschluss mittels „Blue-Card“ Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben. Mittel- und langfristig müssen wir im Bildungssystem ansetzen – von mehr Qualität im Bereich Elementarbildung bis hin zum Ausbau von HTL und FH. Wenn wir die Fachkräfte von morgen wollen, dann müssen wir heute junge Menschen verstärkt für Technik begeistern.

Wie geht es konjunkturell weiter?

Für 2018 ist die Industrie zuversichtlich. Die größten Unsicherheitsfaktoren für die heimische Wirt-

Die Industrie allein verantwortet bis Ende 2018 die Schaffung von voraussichtlich 24.000 neuen Arbeitsplätzen und wäre damit anderen Wirtschaftssektoren deutlich überlegen.

schaft liegen im Ausland: einerseits geopolitisch, andererseits international-konjunkturell. Womöglich wird das internationale Umfeld ab der Jahresmitte rauer. Daher sollte die Bundesregierung die kommenden sechs Monate nutzen, um standortstärkende Maßnahmen – etwa eine Senkung der KÖSt sowie der Lohnnebenkosten – konkret zu erörtern und einzelne Schritte schon ab 2019 umzusetzen.

Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum durch Handelsabkommen: welche Rolle spielt die Ratifikation von CETA für die österreichische Wirtschaft?

Bereits die vorläufige Anwendung von CETA, wodurch Handelshemmnisse abgebaut werden, hat

im ersten Quartal des Jahres zu einem Anstieg der heimischen Exporte nach Kanada um knapp 20 Prozent geführt. Für rund 1.000 exportierende österreichische Unternehmen sowie ihre Beschäftigten bedeutet dies einen unmittelbaren Vorteil.

Was sagen Sie zum Vorwurf, dass CETA „durchgepeitscht“ worden sei?



Davon kann keine Rede sein. Das Handelsabkommen wurde über einen Zeitraum von acht Jahren verhandelt und ist in den vergangenen Jahren ausführlich diskutiert worden. Gerade für ein exportorientiertes Land wie Österreich ist es entscheidend, dass heimische Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den bestmöglichen und fairen Zugang zu internationalen Märkten erhalten. CETA bietet uns das.

Die Exportquote Österreichs liegt bei rund 55 Prozent. Wie wichtig ist der internationale Erfolg heimischer Unternehmen und welche direkten Auswirkungen hat er auf den Arbeitsmarkt?

Pensionen, Gesundheit und Bildung – unser gesamter Sozialstaat – könnten auf Dauer von einer

kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich nicht ohne Export erwirtschaftet werden. Der Außenhandel sichert rund 1,7 Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze, jedes Prozent mehr an Exporten bedeutet rund 10.000 neue Jobs.

Erscheinen Freihandelsabkommen wie CETA nicht fast widersprüchlich angesichts stärker werdender protektionistischer Tendenzen?

Protektionismus ist kein Zukunftsmodell, sondern eines aus ferner Vergangenheit. Aber gerade in Zeiten, in denen Protektionismus wieder erstarbt, ist es für heimische Betriebe und deren Beschäftigte entscheidend, bestmöglichen Marktzugang zu erhalten und damit Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Kanada stellt für die heimische Volkswirtschaft den viertwichtigsten Überseemarkt dar. Studien gehen aufgrund des Abkommens von einer Zunahme der Exporte nach Kanada von über 50 Prozent über acht Jahre aus.

Stichwort Europa – die EU ist derzeit mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Welche Akzente sollte die österreichische EU-Ratspräsidentschaft setzen, damit Europa seine wirtschaftliche Position in der Welt halten bzw. stärken kann?

Dass Europa einen positiven Anschlag dringend benötigt, zeigt nicht nur das Erstarken EU-kritischer Parteien in den vergangenen Jahren sondern auch Entscheidungen wie der Brexit. Österreich zählt jedenfalls zur industriellen Kernzone der EU. Naheliegender wäre es daher, wenn wir die Industriepolitik in den Mittelpunkt rücken würden. Generell braucht es eine Vertiefung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik, wenn sich Europa gegenüber Mitbewerbern langfristig behaupten will. Regulatorische Kosten für Unternehmen abzubauen oder Investitionsbedingungen zu verbessern wäre ein Schritt in die richtige

Richtung. Dementsprechend ist u. a. eine auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Energiepolitik gefordert, die Kosten reduziert und einen marktbasierten Ansatz bei der Förderung erneuerbarer Energie verfolgt. Weiters ist entscheidend, dass für die Forschung und Innovation deutlich mehr Mittel im zukünftigen Förderungen vorgesehen werden.

Die Kritik an der EU wurde durch den Brexit verdeutlicht. Wie kann eine gute Basis für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen EU und dem Vereinigtem Königreich geschaffen werden?

Es gilt hier eine konstruktive Lösung zu finden, um am Ende der Verhandlungen ein kooperatives Verhältnis zu bewahren. Es muss jedoch auch klar sein, dass Großbritannien nicht bessere Bedingungen erhalten kann als EU-Staaten. Demnach benötigt es ein Abkommen, in dem Zölle sowie nicht-tarifäre Handelshemmnisse, wie zum Beispiel unterschiedliche Produktzertifizierungen, vermieden werden.

Ein in Österreich vieldiskutiertes Thema ist die Einführung moderner, flexiblerer Arbeitszeitmodelle. Warum braucht es diese? Und müssen sich die Menschen nun vor dem 12-Stunden-Tag fürchten?

Mit Arbeitszeitregeln aus dem 20. Jahrhundert können wir im 21. Jahrhundert nicht erfolgreich sein. Die Regierung hat daher einen ausgewogenen Vorschlag auf den Tisch gelegt: Die normale Tages- und Wochenarbeitszeit bleibt bei 8 bzw. 40 Stunden, nur Tages- und Wochenhöchstleistungszeit ändern sich. Einen generellen 12-Stunden-Tag oder eine generelle 60-Stunden-Woche wird es nicht geben. Flexibel arbeiten heißt nicht, mehr zu arbeiten.

Was sind die Vorteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?



Die Modernisierung der Arbeitszeit ist angesichts des digitalen Wandels, des wachsenden internationalen Wettbewerbs und stärkerer konjunktureller Schwankungen wichtiger denn je. Es werden damit Arbeitsplätze gesichert. Der persönliche Vorteil liegt aber vor allem in der Flexibilität. Durch phasenweise Mehrarbeit können rascher längere Freizeitblöcke angesammelt werden – die man dann etwa mit der Familie verbringen kann. Zudem werden die persönlichen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt.

Wo steht Österreich mit der neuen Regelung im internationalen Vergleich?

In anderen Ländern der EU wie Spanien, Schweden, Dänemark oder Finnland darf sogar bis zu 14 Stunden am Tag gearbeitet werden. Wir lägen daher im europäischen Mittelfeld. Die derzeit noch geltenden Arbeitszeitregelungen wurden lange vor der Digitalisierung entwickelt und entsprechen daher längst nicht mehr den Bedürfnissen von Betrieben sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es ist erfreulich, dass sich das nun ändert und wir als Standort damit endlich am Puls der Zeit liegen. Denn genau dort müssen wir sein, wenn wir uns Wachstum, Arbeitsplätze und damit allgemeinen Wohlstand in Österreich erhalten wollen. ■

Interview: Stephan Scoppetta



Österreichs Industrie balanciert zwischen EU-Loyalität und Russland-Sanktionen

Russland ist einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs und der EU – trotz Sanktionen und diverser Krisen. Wir befragten Wirtschafts- und Politikexperten, wie der Status Quo ist und wo die Reise hingeht.

Für einen Moment lang hatte man den Eindruck, Österreich würde so wie während des Kalten Krieges eine politische Mittlerfunktion zwischen West und Ost einnehmen können. Nach dem Kurzbesuch von Putin in Österreich war gar von einem möglichen Gipfeltreffen des russischen Präsidenten mit Donald Trump in Wien die Rede, geworden ist es dann doch Helsinki. Dennoch hat der Besuch von Putin in Wien im Juni eine Signalwirkung, die nicht unterschätzt werden darf, wie Russland-Experte Gerhard Mangott von der Universität Innsbruck im Anschluss in seinem Blog vermerkte: „Putin punktete mit einer Charme-Offensive. Und trotz Kritik an der russischen Politik im Donbass und in Syrien von seiten der österreichischen Regierung waren nach dem zehnstündigen Arbeitsbesuch scheinbar alle zufrieden mit dem extrem freundlichen und herzlichen Verlauf.“ In die gleiche Kerbe schlägt der

österreichische Wirtschaftsdelegierte in Moskau, Rudolf Lukavsky: „Keine Frage, durch den Präsidentenbesuch hat sich eine Vielzahl neuer Möglichkeiten ergeben. In wichtigen Bereichen wie Forstwirtschaft, Energie, Modernisierung der Industrie, Digitalisierung etc. wurden Memoranden auf höchster Ebene unterzeichnet. Österreichische Unternehmen haben dadurch einen besseren und von der russischen Regierung unterstützten Zugang zu interessanten Projekten. Die vereinbarten Projekte sind dabei an keine politischen Gegenleistungen geknüpft. Moskau ist sich im Klaren, dass Österreich als EU-Mitglied keinen Alleingang in Sachen Sanktionen machen kann, aber dass sich Österreich für Lösungen einsetzt. Die EU ist trotz Sanktionen und angespannter politischer Beziehungen in den letzten Jahren mit 42,7 Prozent des Außenhandelsumsatzes Russlands größter Wirtschaftspartner. Russland wiederum ist der

Foto: pixabay.com, WKO, Cella de Paoli

drittichtigste Handelspartner für die EU. Auch wenn Russland sich verstärkt nach Fernost ausrichtet, die EU und Russland sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Russland ist wichtigster Öl- und Gas-Lieferant, Russland bezieht aus der EU Maschinen und moderne Technologie zur Modernisierung der eigenen Industrie. Moskau verfolgt das Ziel, die eigene Exportwirtschaft zu diversifizieren und zu stärken. Dafür werden Technik und Know-how aus dem Westen benötigt.“

Verlässlicher Partner in der EU

Eines hat sich in den letzten Monaten bestätigt, trotz Sanktionenregime und internationaler Krisen, wie Rudolf Lukavsky erklärt: „Russland sieht Österreich beständig als einen verlässlichen Partner innerhalb der EU. Auch hat Österreich immer den Dialog mit Russland gesucht und das Gespräch nie abreißen lassen. Die Rolle als „Brückenbauer“, wie sie auch Bundeskanzler Kurz angeboten hat, kommt in Russland sehr gut an – auch Präsident Putin hat das im Rahmen seines Besuchs betont. Sollten die USA sich zu Handelsbeschränkungen entschließen, muss die EU gemeinsam reagieren. Und Österreich muss als kleines, stark exportorientiertes EU-Mitglied seinen Beitrag leisten, um stärker werdenden Protektionismus zu stoppen.“

Exporte nach Russland steigen wieder

Bei den österreichischen Exporten verzeichnete man 2017 einen kräftigen Anstieg von 16,1 Prozent auf 2,2 Mrd. Euro. Der Rekordwert von 2013 „vor der Krise“ – 3,5 Mrd. Euro – liegt aber noch in weiter Ferne. In den ersten vier Monaten 2018 beliefen sich die Exporte nach Russland auf 700,7 Millionen Euro – das ist ein leichtes Minus von 0,4 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Die wichtigsten Exportgüter sind Maschinen und Anlagen mit 33 Prozent der Exporte (inklusive Elektronik und Automotive-Ausrüstung), 28 Prozent machen Pharma-Produkte aus, neun Prozent Metall (auch verarbeitet) und acht Prozent Nahrungsmittel und Getränke. „In Österreich sind laut WIFO-Studie die Exporte nach Russland sanktionsbedingt um 9,5 Prozent gesunken, das entspricht rund einer Mil-

liarde Euro. Die größten direkten Einbrüche gehen auf die russischen Gegensanktionen – das Lebensmittelembargo – zurück. Bei Agrarprodukten und Nahrungsmitteln ist das Exportvolumen nach Russland um fast ein Viertel zurückgegangen. Besonders betroffen waren Fleisch- und Milchprodukte sowie Früchte“, bestätigt Lukavsky. Die Exporte der Autozulieferer sowie Maschinen- und Anlagenbauer sanken um 17,7 Prozent, die Rohstoffexporte (insbesondere Eisen und Stahl) um rund 15 Prozent. Auch IT-Unternehmen sind stark betroffen. In Österreich waren die jüngsten US-Sanktionen auch durch die Listung von Deripaska und verbundener Unternehmen zu spüren, darunter Rusal und GAZ. Zudem spürt der Bankensektor Einschränkungen durch EU- und US-Sanktionen.

„Dennoch bleibt Russland ein hochinteressanter Markt, in dem rund 1200 österreichische Firmen aktiv sind“, bestätigt Lukavsky und ergänzt: „Besonders erfolgreich sind österreichische Investoren in den Bereichen Öl und Gas, Banken, Holz- und Papierindustrie, Baustoffe und im Energiebereich. Der Ausbau der russischen Infrastruktur im Zuge der Seidenstraße, künftige Großprojekte wie Nord Stream 2 und die Verlängerung der russischen Breitspur bis Österreich birgt zusätzliches Potential. Auch der Wintersportsektor bietet gute Chancen. Darüber hinaus sind Innovationen und Digitalisierung sowie Technologie im Fahrzeug- und Maschinenbau interessante Bereiche. Dynamisch entwickeln sich auch Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion: Von Landmaschinen und Ausrüstungen über Zuchttiere bis hin zu IoT-Lösungen gibt es gute Chancen für österreichische Firmen. Und bisher weniger beachtete Bereiche wie Alternativenergie, Energieeffizienz und Umweltschutz bieten ebenso Potential für gemeinsame Projekte.“



Rudolf Lukavsky,
Wirtschafts-
delegierter,
Außenwirt-
schaftsCenter
Moskau



Gerhard Mangott,
Univ.-Prof. für
Politikwissen-
schaft an der
Universität
Innsbruck

Autor: Sebastian Wegener

„Die Mitgliedsbeiträge werden um 100 Millionen Euro gesenkt“



Harald Mahrer, der neue WKÖ-Präsident, spricht im Interview über die Reformen in der Wirtschaftskammer, das aktuelle Reizthema Arbeitszeitflexibilisierung und Österreich als Brückenbauer zu Russland.

Die österreichischen Kammern sind in den letzten Jahren sehr unter Druck geraten. Nicht zuletzt aufgrund einer heutigen Regierungspartei (FPÖ). Wie wollen Sie als neuer WKÖ-Präsident dem Kammer-system neuen Schwung geben?

Mahrer: Ich habe die Zeit vor meinem Antritt als WKÖ-Präsident genutzt, mich in die Wirtschafts-kammerorganisation zu vertiefen und kann daher sagen: Wir bieten tolle Serviceleistungen, vom

Gründerservice über die Außenwirtschaft bis hin zum Bildungsangebot. Dass wir uns als Organisation weiterentwickeln müssen, ist aber klar. Mein Vorgänger Christoph Leitl hat bereits einige Reformschritte umgesetzt und auch den nächsten bereits eingeleitet - 2019 werden die Mitgliedsbeiträge um 100 Millionen Euro gesenkt und zugleich das Service ausgebaut. Dem werden weitere Schritte hin zu einer modernen Vertretung für alle Unternehmen folgen. Was mir besonders

Fotos: Marek Knapp

wichtig ist: ein allumfassender Exzellenzanspruch an uns selbst. So wie Kunden das jeden Tag von unseren Mitgliedsunternehmen erwarten, stellen unsere Mitglieder diesen Anspruch zu recht auch an uns.

Wozu brauchen wir in einer modernen Wirtschaft überhaupt noch eine Zwangs-Kammer? Wäre es nicht sinnvoller private Interessenvertretungen wie die IV zu forcieren?

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft ist eine zutiefst liberale Idee, die auf die bürgerliche Revolution von 1848 zurückgeht. Im Rahmen dieser Selbstverwaltung garantiert die gesetzliche Mitgliedschaft, dass die staatliche Autorität nicht unterschiedliche Gruppen gegeneinander ausspielen kann, sondern die einzelnen Gruppen sich solidarisch organisieren. Wenn wir mit einheitlicher Stimme auftreten wollen, dann braucht es somit die Mitgliedschaft aller Unternehmen. Gerade die Anliegen von neuen oder noch kleinen Betrieben oder Start-ups würden sonst möglicherweise überhört. Für mich ist Wirtschaft unteilbar, ich unterscheide nicht zwischen großen und kleinen Unternehmen oder zwischen jungen Hightech-Firmen und alteingesessenen Handwerksbetrieben.

Die Wirtschaftskammer ist ein riesiger Tanker, der aber so viele Branchen vertritt, dass oft nur ein schwacher Kompromiss herauskommt. Braucht eine starke Kammer nicht auch mehr Ecken und Kanten?

Ich bin nicht der Ansicht, dass nur schwache Kompromisse herauskommen. Dagegen spricht schon die Struktur der Wirtschaftskammer: Jede Branche hat ihre eigene Vertretung durch ihren Fachverband, verwandte Branchen sind in Sparten zusammengefasst. Diese direkten Branchenvertretungen bewirken vieles für die Interessen ihrer jeweiligen Mitglieder, denken Sie nur an die über 650 Kollektivverträge im Land.

Auch eine österreichische Institution - die Sozialpartnerschaft - steht vor einer großen Wende. Alle Spitzenfunktionäre sind neu. Ist das nicht eine Chance, hier neue Akzente zu setzen?

Sie haben recht, der frische Wind durch neue Akteure birgt eine große Chance. Von mir bekommen alle Vorschusslorbeeren. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit und will bei großen Zukunftsthemen wie Bildung oder Pflege den Tisch, an dem wir diskutieren, auch gerne vergrößern. Die besten Köpfe aus Wissenschaft, Forschung, Kultur und NGO Bereich für die besten Ideen!

Ein großes Thema, das seit Jahren auf der Agenda steht, ist die Arbeitszeitflexibilisierung. Nach Jahren erfolgloser Verhandlungen der Sozialpartner nimmt sich nun die Regierung des Themas an. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Punkte, die in diesem Bereich gelöst werden müssen?

Es geht darum, dass das derzeitige gesetzliche Korsett nicht mehr zeitgemäß ist und die Arbeits-

Es muss möglich sein, zu Auftragspitzen bis zu 12 Stunden am Tag und bis zu 60 Stunden in der Woche zu arbeiten, zu anderen Zeiten dafür mehr Freizeit zu konsumieren.

zeit den Realitäten einer modernen Arbeitswelt angepasst wird. Es muss möglich sein, zu Auftragspitzen bis zu 12 Stunden am Tag und bis zu 60 Stunden in der Woche zu arbeiten, zu anderen Zeiten dafür mehr Freizeit zu konsumieren.

Die AK und auch der ÖGB machen hier mit einer Angstkampagne Stimmung „gegen einen 12-Stunden-Tag“. Ist die Kritik besonders des ÖGB für Sie hier nachvollziehbar?

Die Kampagne arbeitet leider mit Propaganda-Aussagen und polemischen Fragestellungen. Denn erstens weiß jeder, dass auch künftig nicht jeden

Tag 12 Stunden gearbeitet wird, dass auch künftig die 60-Stunden-Woche nicht die Regel sein wird und dass es weiterhin Überstundenzuschläge geben wird. Zweitens haben AK und ÖGB mit einem Fragebogen gearbeitet, auf dem steht: „Sollen der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche auch künftig die Ausnahme bleiben?“ Das ist eine Suggestivfrage und Politpropaganda. Hier wünsche ich mir wieder mehr sachliche Diskussion.



Abseits der Arbeitszeitflexibilisierung: Ist Österreich aus Ihrer Sicht im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig?

Der Standort Österreich hat viele Stärken: Das ist zum einen, dass die österreichische Wirtschaft sehr breit aufgestellt und bunt ist, zum zweiten, dass wir eine bedingungslose Qualitätsorientierung haben und zum dritten, dass in den österreichischen

Unternehmen große Kreativität und Innovationskraft vorhanden sind. Wir müssen jedoch an den richtigen Stellschrauben drehen, um diese Stärken noch besser zu nutzen. Das heißt vor allem bürokratische Fesseln zu lösen, um mehr Freiräume und Beweglichkeit zu schaffen.

Viele Studien belegen, dass wir in vielen Bereichen im besten Fall nur Mittelfeld sind. Welche Hausaufgaben müssen wir dringend erledigen, dass wir uns zumindest in das erste Drittel vorarbeiten?

Selbstverständlich müssen wir die überbordende Bürokratie zurückdrängen und bei den Kosten konkurrenzfähig bleiben. Dennoch werden wir den Wettbewerb nicht durch besonders günstige Lohnnebenkosten oder durch geringe Energiekosten gewinnen. Womit wir punkten können, ist vielmehr eine bedingungslose Innovationsorientierung. Unsere Betriebe sind im Export erfolgreich, weil sie auf Qualität und Exzellenz setzen. Was wir allerdings noch tun müssen, ist den Output, zum Beispiel in der Forschung, zu erhöhen. Mit neuen Produkten für die Weltmärkte. Nur so können wir mit der unglaublichen Dynamik, die uns Asien derzeit vorlebt, mithalten und in der Liga der Weltbesten mitspielen.

Die heimische Industrie fordert besonders im Bereich Bildung Reformen. Widmet sich die neue Bundesregierung ihrer Meinung nach ausreichend diesem Thema?

Bildung ist für mich die Schlüsselfrage. Wir werden die Bundesregierung unterstützen und als Wirtschaftskammer einen dreistelligen Millionenbetrag in eine Bildungsoffensive investieren. Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiter werden immer wichtiger, das können die Betriebe nicht alleine stemmen. Dabei wollen wir die duale Ausbildung zu einer trialen Ausbildung weiterentwickeln, das heißt, die Lehrlingsausbildung wird um eine dritte Komponente ergänzt, nämlich um den Erwerb digitaler Fähigkeiten.

Das Wirtschaftsklima der vergangenen Jahre war besonders für österreichische Betriebe ausgezeich-

net. Wie groß ist das Risiko, dass es sich durch den von US-Präsident Donald Trump befeuerten Handelskrieg und die schwierige wirtschaftliche Situation von Italien wieder eintrübt?

Natürlich gibt es Risikofaktoren. Umso wichtiger ist es, dass Europa sich nicht auseinanderdividieren lässt, sondern mit einer Stimme spricht. Und wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum zulassen.

Europa gibt sich gegenüber den USA bis heute sehr zahm, sehr stark getrieben von Deutschland. Gleichzeitig lassen wir aber einen großen Markt wie Russland aufgrund von Embargos links liegen. Wäre es nicht an der Zeit, dass wir hier im Export umdenken?

Mir geht es nicht darum, sich zahm oder im Gegenteil besonders hart zu verhalten, sondern um gut funktionierende Wirtschaftsbeziehungen. Hier wollen wir gute Kontakte mit allen Teilen der Welt pflegen, auch mit von österreichischen Exporteuren noch weniger beachteten Regionen wie Australien oder dem afrikanischen Kontinent.

Ist der Besuch von Präsident Putin in Österreich, nicht als Signal zu werten, dass Österreich und Russland näher zusammenrücken?

Wir haben mit Russland ganz ausgezeichnete Wirtschaftsbeziehungen. Diese ermöglichen auch einen Dialog, wenn andere Wege verschlossen sind. Vor allem aber sind sie – so wie die gesamte Exporttätigkeit – für den Wohlstand und die Beschäftigung im Land wichtig.

Welche Rolle sollte hier Österreich im Kräftespiel Russland und EU einnehmen?

Ich kann nur für die österreichische Wirtschaft sprechen und diese empfindet sich durchaus als Brückenbauer, damit Europa und Russland wieder Schritt für Schritt aufeinander zugehen.

Sie haben sich als Minister sehr für Startups in Österreich eingesetzt und es wurden einige Neuerungen

für Startups gemeinsam mit dem damaligen Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) erreicht. Die neue Regierung hat aber einiges wieder zurückgenommen. Haben wir in den letzten Monaten nicht einen Rückschritt in diesem Bereich gemacht?

Ich sehe keinen Rückschritt, aber in der Förderung von Start-ups heißt es in jedem Fall dranbleiben. Wir müssen Innovation fördern und hier viele kleine Schnellboote auf die Reise schicken. Jene, bei denen sich erste Erfolge abzeichnen, müssen wir

Mir geht es nicht darum, sich zahm oder im Gegenteil besonders hart zu verhalten, sondern um gut funktionierende Wirtschaftsbeziehungen.

dann wachsen lassen. Davon können auch Industriebetriebe, etwa durch Kooperationen mit Start-ups, enorm profitieren. Gerade im Bereich der offenen Innovation durch Kooperationen zwischen neuen und arrivierten Betrieben gibt es viel Luft nach oben.

Was sind aus Ihrer Sicht wichtige Schritte um den Innovationsmotor in Österreich anzukurbeln?

Es geht darum, jene Freiräume zu schaffen, die Kreativität erst ermöglichen. Auch muss die Risikobereitschaft gefördert werden, der einzelne muss mehr Eigenverantwortung übernehmen. Der Staat soll die Chancen geben und jeder einzelne soll sie ergreifen können.

Was ist ihre Vision von der heimischen Wirtschaft?

Meine Vision ist es, dass wir die Chancen der Digitalisierung voll nutzen und Österreich in der Gruppe der Innovationsführer ganz vorne dabei ist. ■

Interview: Stephan Scopetta



Österreichische Industrieunternehmen im globalen Wettbewerb

Wenn man mit Unternehmern spricht, ist die Versuchung groß, zu einer Platitide Zuflucht zu nehmen: „Business as usual“ bringt ein Unternehmen nicht mehr weiter, da es keine „normalen“ Zeiten mehr gibt. Was aber ist denn genau „anders“?

Die Lage der österreichischen Wirtschaft – nicht nur, aber insbesondere auch der Industrie – hat sich in den zehn Jahren zwischen 1989 und 1999 radikal verändert: Aus einer europäischen Randlage ist Österreich, dank der Ostöffnung 1989, ins Zentrum Europas gerückt. Plötzlich war nicht mehr Österreich die verlängerte Werkbank Deutschlands, sondern die österreichischen Unternehmen mussten sich mit den neuen Chancen und Risiken eines „Hongkong vor der Haustür“ auseinandersetzen. Der EU-Beitritt 1995 führte parallel zur Herausforderung im Osten zur Integration im Westen, was angesichts der hohen Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Industrie eine erhebliche Anstrengung erforderte. Durch die Euroeinführung und die Festlegung fixer Wechselkurse (1999) haben sich Tempo und Intensität der Integration nochmals erhöht. Angesichts dieser Herausforderungen konnte leicht übersehen werden, dass sich zeitgleich das weltweite Wirtschaftsgefüge massiv verändert hat und die Globalisierung auch Österreich erreicht hat. Doch sie war nicht eine Falle, sondern für die Industrie auch eine große

Chance. Rohstoffe konnten weltweit bezogen und auch Produktionen ausgelagert werden. Durch die Internationalisierung konnte auch ein deutlich größerer Kundenkreis auch mit Nischenprodukten erreicht werden. Die Globalisierung verändert alle drei Grundfunktionen eines Unternehmens: Beschaffung, Produktion und Verkauf. Und zwar unabhängig davon, ob ein Unternehmen von sich her auf die Globalisierung reagiert. Doch Fakt ist: Wer auf die Globalisierung und ihren Einfluss auf alle drei Grundfunktionen des Unternehmens keine Antwort findet, hat keine Chance am Markt.

Österreichische Industrie gut gerüstet

Die heimische Industrie insgesamt hat die Herausforderung der Globalisierung in bemerkenswerter Weise angenommen und darauf erfolgreich reagiert. Dafür gibt es zwei Gruppen von Kennzahlen, nämlich die Entwicklung des Außenhandels und die Entwicklung der Direktinvestitionen. Statt der (ohnedies bereits hohen) österreichischen Außenhandelsquoten Mitte der 1990er Jahre von rund 50

Foto: VDP

Prozent konnte zuletzt (2017) eine Außenhandelsquote von nahezu 80 Prozent erreicht werden; gegenüber Spitzenreitern (wie etwa den Niederlanden) besteht hier noch immer ein erhebliches Steigerungspotential, aber sowohl Ausmaß als auch Entwicklung sind durchaus befriedigend.

Globale Diversifizierung wirkt

Im Bereich der aktiven Direktinvestitionen ist der Rückstand gegenüber den europäischen Spitzenländern (erneut etwa die Niederlande) relativ groß, allerdings lag Österreich bei dieser Kennziffer Mitte der 1990er auf äußerst schwachen Niveau und hat seither beachtlich aufgeholt. Das früher bestehende Übergewicht der passiven Direktinvestitionen konnte in ein klares Überwiegen der aktiven Direktinvestitionen gewandelt und damit der „Normalzustand“ eines hoch entwickelten Industrielandes hergestellt werden. Direktinvestitionen in den angrenzenden Ländern Mittel- und Osteuropas waren gleichsam das Versuchslabor, mittlerweile wird der Radius der Direktinvestitionen etwas größer. Einen gewissen Rückschlag hat die krisenhafte Entwicklung der Schwarzmeerregion bedeutet, denn diese Region hat sich – vor der Ukraine-Krise, der Zuspitzung der Lage im Kaukasus und der erhöhten Instabilität der Türkei – als nächstliegender Investitionsschwerpunkt angeboten; zuletzt aber Nettorückgänge der Investitionen gezeigt. Mit dem Zusammenbruch des COMECON, der zunehmenden Marktöffnung in China und wesentlichen Wirtschaftsreformen in lateinamerikanischen, afrikanischen und südasiatischen Volkswirtschaften hat sich Ende der 1990er Jahre ein bedrohliches Szenario entwickelt: Was passiert, wenn alle Volkswirtschaften wirtschaftlich weitgehend synchrone Konjunkturbewegungen aufweisen und somit gleichzeitig im Konjunkturtief stecken? In dieser Situation könnte – mangels Konjunkturlokomotive – ein solches Tief anhaltend sein und sich von einer überschaubaren Rezession zu einer veritablen Depression ausweiten. Kurz hielt die Welt in der Krise 2008/09 den Atem an, ob nun der entsprechende Ernstfall eintreffen würde, aber China und einige andere Emerging Markets haben dem Krisendruck standgehalten.

Tatsächlich scheint nicht nur die Befürchtung einer globalen Konjunktursynchronisation nicht eingetreten zu sein, sondern die mittlerweile multipolare, globale Wirtschaft krisenresistenter zu sein als früher. Mittlerweile haben kein Land und keine Ländergruppe mehr einen Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung von mehr als einem Fünftel. Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist somit nicht (mehr) von einem einzelnen Land oder einer geografisch eng begrenzten Region abhängig. Dieser Zustand, den man als „globale Diversifizierung“ bezeichnen könnte, hat ähnliche Konsequenzen wie ein gut differenziertes Veranlagungsportfolio: Rückschläge in einem Bereich können durch Gewinne in einem anderen Bereich wettgemacht werden. Die Gesamtentwicklung verstetigt sich, und das Risiko sinkt. Schon seit den 1980er Jahren wird diskutiert, ob geringere Wachstumsausschläge die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft verbessern. Ein gutes Beispiel ist Österreich, das seinen inner-europäischen Aufholprozess seit den frühen 1960er Jahren den im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern relativ milden Wirtschaftskrisen zu verdanken hatte; die teilweise geringeren Wachstumsspitzen konnten so überkompensiert werden.

Die „globale Diversifizierung“ bedeutet somit dreierlei: Eine insgesamt mittel- bis längerfristig höhere Wachstumsrate; geringere Spitzenwerte, aber auch geringere Einbrüche; und – für Unternehmen besonders wichtig – eine Chance, Absatzeinbrüche auf einzelnen Märkten durch verstärkte Anstrengungen auf anderen Märkten zeitnah zu kompensieren. Nicht für alle Branchen, schon gar nicht für alle Unternehmen wird es möglich sein, von der differenzierten globalen Konjunktorentwicklung zu profitieren. Wichtig ist, die Chance zu kennen und zu beobachten, wie andere Unternehmen in der eigenen Branche damit umgehen. Das Potenzial für eine künftig gute Entwicklung ist vorhanden. Entscheidend ist also, sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit auszuruhen, sondern konsequent an einer umfassenden Stärkung der Zukunftsfaktoren zu arbeiten. In den Unternehmen ist dieser Prozess bereits im Gange. ■

Autor: FH-Hon.Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider



Standortfaktor Energiekosten: Verbesserungen für Österreichs Unternehmen jetzt umsetzen

Ein Check des energierechtlichen Gesetzesrahmens im Auftrag der Bundessparte Industrie und der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik der WKÖ zeigt, dass Österreich beim Thema Stromzusatzkosten im Vergleich mit Deutschland nachhinkt. Das Österreichische Energiegesetz bietet die Möglichkeit, Standortnachteile für die energieintensive Industrie zu korrigieren.

Foto: pixabay.com

Studie bewertet Kostenunterschiede Österreich – Deutschland

Faire und vergleichbare Rahmenbedingungen mit wichtigen Handelspartnern sind Voraussetzung dafür, dass Österreich im internationalen Standortwettbewerb punkten kann. Anstehende Investitionsentscheidungen von Industrieunternehmen sind durchaus auch von Faktoren wie Energiekosten und fairem Rechtsrahmen abhängig. Mit der nun vorliegenden Bewertung von Strom-Zusatzkosten wurden Hinweise energieintensiver Unternehmen aktiv aufgegriffen. Im Auftrag der Bundessparte Industrie und der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik der WKÖ verglich das Energieinstitut der Wirtschaft (EIW) den energie- und klimarechtlichen Gesetzesrahmen in Österreich und Deutschland und quantifizierte die Unterschiede. Wichtigstes Ergebnis: ein Industriebetrieb hat in Deutschland, je nach Höhe des Fremdstrombezugs, einen Kostenvorteil von 0,8 bis über vier Millionen Euro gegenüber einem vergleichbaren Betrieb in Österreich.

Add-On-Stromkosten betragen bereits fast 60 Prozent

Der Energiekostenanteil an den Gesamtproduktionskosten im EU-weiten Vergleich einzelner Industriesektoren variiert von zehn bis über fünfzehn Prozent in energieintensiven Branchen wie der Zement-, Keramik-, Papier- und Zellstoff-, Glas- und

Die deutsche „Strompreiskompensation“ führt somit zu einem klaren Standortvorteil gegenüber Österreich.

Stahlindustrie bis zu unter einem Prozent in Teilen der Elektro-, Elektronik-, Anlagen- und Maschinen- sowie der Fahrzeugindustrie. Neben Gas und Mineralölprodukten kommt dabei dem Strompreis zentrale Bedeutung zu: die Industrie-Strompreise

der EU 28 lagen 2017 auf vergleichbarer Höhe wie 2008 und ähnlich hoch wie in China, allerdings fast doppelt so hoch wie in den USA und höher als in den meisten außereuropäischen G20-Staaten. Aktuelle Daten der Kommission zeigen dabei eine ansteigende relative Erhöhung der „Add-ons“, also der Netzgebühren, Steuern und Abgaben, an den Gesamtstromkosten auf bereits fast 60 Prozent.

Neue Studie bewertet stromrelevante Zusatzkosten

Die im ersten Halbjahr 2018 durchgeführte EIW-Studie untersucht und bewertet mittels Recherche der entsprechenden rechtlichen Grundlagen und einzelner Experteninterviews bei drei Schlüsselfaktoren die Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich: bei der Kompensation indirekter CO₂-Kosten im Rahmen des EU-Emissionshandels (EU ETS), bei den Netzgebühren und bei den Ökostromkosten. Zusätzlich wurden bisher absehbare Auswirkungen der Trennung der deutsch-österreichischen Strompreiszone ab Oktober 2018 und die Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie analysiert. Dieser Standortvergleich fällt klar zu Gunsten Deutschlands aus.

Vorteil 1 - Kompensation indirekter CO₂-Kosten

Sektoren, die dem EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) unterliegen – im wesentlichen Energieversorgungsunternehmen und die energieintensive Industrie – müssen ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 21 Prozent gegenüber 2005 verringern. In der ETS-Pilotphase (2005-2007) und in der ersten Handelsperiode (2008-2012) wurde der überwiegende Teil der Zertifikate kostenlos an die Anlagenbetreiber zugeteilt. Für die dritte Handelsperiode (2013-2020) sowie auch die vierte ETS-Phase (2021-2030) gilt, dass Zertifikate für die Stromerzeugung nicht mehr kostenlos vergeben werden, sondern die Betreiber diese kaufen müssen. Die Kosten dafür werden üblicherweise mit dem Strompreis an Abnehmer weitergegeben, was – je nach CO₂-Anteil im Strommix – zu deutlichen Preiserhöhungen führt. Aus Gründen des



In Deutschland werden energieintensive Betriebe deutlich stärker entlastet als hierzulande.

„Carbon Leakage“, also der Gefahr der Produktionsverlagerung in andere Staaten aufgrund der Kosten für Klimaschutzmaßnahmen, hat die Europäische Kommission Sektoren benannt, denen diese indirekten CO₂-Kosten rückerstattet werden können (indirektes Carbon Leakage). Dazu zählen insbesondere die Erzeugung und Bearbeitung von Aluminium, Blei und Kupfer, die Eisen- und Stahlherstellung, die Produktion von Papier, Karton und Pappe sowie von Düngemitteln.

Leider wurde diese Bestimmung aber nicht EU-rechtlich vereinheitlicht, sondern kann – aber muss nicht – von den Mitgliedstaaten mittels nationaler Regelungen umgesetzt werden. Während Deutschland, sowie auch andere EU-Staaten wie Spanien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Finnland und Griechenland, ihrer Industrie diese Kostenkompensation zugestehen, hat Österreich diese Möglichkeit bisher nicht umgesetzt. Die deutsche „Strompreiskompensation“ führt somit zu einem klaren Standortvorteil gegenüber Österreich. In Summe betragen die an deutsche Unternehmen refundierten Kosten seit 2013 zwischen 190 und über 300 Millionen Euro jährlich; in den untersuchten Praxisbeispielen (Stromverbrauch 200 bzw. 500 MWh, Netzebene 3 bzw. vergleichbar) beträgt die Kompensation für die deutsche Anlage vier bis fünf Euro pro Megawattstunde.

Vor dem Hintergrund steigender CO₂-Preise, ausgelöst durch künstliche Verknappung der Zertifi-

kate in der neuen ETS-Richtlinie, wird sich dieser Kostennachteil deutlich verschärfen. Zusätzlich ist zu erwarten, dass die Trennung der deutsch-österreichischen Strompreiszone ab Oktober 2018 zu einer Erhöhung der Preise zu Lasten Österreichs führen wird. Die Bundessparte Industrie fordert daher, hier rasch durch Umsetzung der Möglichkeit zur Kompensation indirekter CO₂-Kosten gegen-zusteuern.

Vorteil 2 - Netzentgelte

Neben dem unmittelbaren Energiepreis sind die Netzentgelte meist der zweite große Kostenblock auf der Stromrechnung. Sie dienen der Finanzierung des Betriebs, des Ausbaus und der Erneuerung der Stromnetze und unterliegen staatlich-regulatorischen Vorgaben. Aufgrund unterschiedlicher regionaler Gegebenheiten variieren die Netzgebühren innerhalb eines Staates, und weisen auch je nach Netzebene unterschiedliche Tarife aus, wobei in der Regel für stromintensive Betriebe aufgrund der großen Leistungsmengen im Verhältnis zu Privatverbrauchern geringere Gebühren verrechnet werden.

Anders als in Österreich, wo es keine gesetzlich regulierten Vergütungen der Netzentgelte für die stromverbrauchende Industrie gibt, sind es in Deutschland primär zwei Stellräder, mit denen energieintensive Betriebe – und durch deren Abnahmeverhalten gleichzeitig auch die Stromnetze – entlastet werden: die „Atypische Netznutzung“, die Begünstigungen für die Lastspitzen von Anlagen bis zu 80 Prozent in Zeitfenstern vorsieht, in denen das Stromnetz weniger stark beansprucht ist, und die „Sonderregelung für stromintensiven Letztverbrauch“; diese ermöglicht es Unternehmen mit einer hohen und konstanten Stromabnahme und mindestens 7.000 Vollbenutzungsstunden pro Jahr, bis 90 % Ersparnis zu lukrieren. Zusätzlich schützt die „Ermäßigte §19-Umlage“ gem. StromNEV energieintensive Betriebe vor der Umverteilung der refundierten Kosten.

Die untersuchten Beispiele zeigen, dass für vergleichbare Anlagen mit sehr hohem Fremdstrom-

bezug in Deutschland – trotz meist höherer Netztarife – durch die genannten Vergünstigungen jährlich bis zu rund eine Million Euro niedrigere Netzgebühren anfallen können; da die Netzkosten aber, wie erwähnt, stark variieren, lässt sich dieser Wert nicht verallgemeinern. Die Forderung der Industrie muss aber auch hier lauten: Ausschöpfen aller Möglichkeiten zur raschest möglichen Angleichung der Wettbewerbssituation. Die Ende Mai beschlossene Klima- und Energiestrategie der Österreichischen Bundesregierung enthält hierfür konkrete Ansatzpunkte.

Vorteil 3 - Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energie

Weitere staatlich regulierte Komponenten im Bereich der Strom-Zusatzkosten sind insbesondere die Abgaben zum Ausbau und zur Förderung erneuerbarer Energie. In Deutschland garantiert das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Betreibern solcher Anlagen Förderungen in Form von Einspeisevergütungen oder Marktprämien. Mehrausgaben für den aus erneuerbaren Energieträgern erzeugten Strom, die nicht über deren Vermarktung gedeckt werden können, werden in Form der EEG-Umlage auf alle Stromendverbraucher verteilt.

Mit der seit 2003 geltenden „Besonderen Ausgleichsregelung“ können Unternehmen ab einer Sockelmenge von einer Gigawattstunde Jahresverbrauch bei Vorlage eines zertifizierten Energie- oder Umweltmanagementsystems ihre EEG-Umlage unter bestimmten Voraussetzungen auf 15 Prozent des regulären Satzes senken: dazu muss nachgewiesen werden, dass die Stromkosten je nach Branchenzugehörigkeit mindestens 17 Prozent (z. B. Stahlwerk) bzw. mindestens 20 Prozent (Fahrzeughersteller) der Bruttowertschöpfung betragen; zusätzlich ist dieser Betrag gemäß EU-Beihilferahmen mit 0,5 Prozent bzw. vier Prozent gedeckelt. Bei bestimmten Branchen reduziert sich der Satz bereits bei einem Stromkostenanteil von 14-17 Prozent. Darüber hinaus wurden über das „Eigenstromprivileg“ vor 2014 errichtete oder gepachtete Eigenproduktionsanlagen von der EEG-Umlage befreit; mit dem EEG 2014 sind jedoch neu errich-

tete Eigenstromanlagen auf fossiler Basis voll umlagepflichtig, ermäßigte Sätze gibt es für Eigenstrom auf Basis erneuerbarer Energie oder Kraft-Wärme-Kopplung. Für Österreich weist die Studie zwar niedrigere Ökostromkosten pro Betrieb als in Deutschland aus, allerdings kommen dort die stark ermäßigten Sätze zur Anwendung, wogegen es in Österreich keine Vergünstigungen oder Deckelungen auf betrieblicher Ebene gibt. Beide Praxisbeispiele in der Studie weisen für das deutsche Unternehmen einen Kostenvorteil von rund drei Euro pro Megawattstunde aus, in Summe also 0,6 bis fast 1,5 Millionen Euro.

Leichter Vorteil für Österreich bei der Strombesteuerung

In Deutschland besteht die „allgemeine Steuervergünstigung“, mit der für produzierende Unternehmen ein ermäßigter Steuersatz von 75 Prozent der Regelsätze auf Heizstoffe und Strom zur Anwendung kommt. Spezifische energieintensive Prozesse, die etwa bei der Produktion von Glas, Keramik, Zement und Kalk erforderlich sind, sind gänzlich von Strom- und Energiesteuern befreit; darüber hinaus ermöglicht der „Spitzenausgleich“ eine weitere Abminderung der energierelevanten Steuerlast. Die für ein erfolgreiches Bestehen im internationalen Standortwettbewerb unerlässliche Energieabgabenrückvergütung sorgt bei energieintensiven Betrieben in Österreich für eine Erleichterung der Steuerlast. Die Studie weist hier einen Kostenvorteil von 0,3 bis 0,5 Millionen Euro für den österreichischen Standort aus. ■

Autor: DI Oliver Dworak



Schatten der Finanzkrise verblassen

Die Finanzkrise ist Geschichte, doch es festigt sich das Bewusstsein, dass die grundsätzlich günstige Konjunkturlage bereits deutliche Zeichen einer konjunkturellen Spätphase aufweist. Das seit Monaten anhaltende Getöse kalter Handelskriege fügt dem Konjunkturbild einen erheblichen Unsicherheitsfaktor hinzu.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Mit gutem Grund starten Lehrbücher und Lehrveranstaltungen über volkswirtschaftliche Theorien mit dem Merkantilismus: Der Merkantilismus war das erste, in sich geschlossene volkswirtschaftliche Gedankengebäude. Er hat im Zeitalter des politischen Absolutismus relativ kluge Antworten darauf gefunden, wie der Wohlstand eines Staates bestmöglich vermehrt werden kann – nämlich durch Bevölkerungswachstum und durch Exportwachstum. Die einseitige Exportorientierung hat aber im Laufe der Zeit zu Problemen geführt, worauf der klassische Liberalismus eine wichtige Präzisierung vorgenommen hat: Der „Wohlstand der Nationen“ (wie das Hauptwerk des Ökonomen Adam Smith aus dem Jahr 1776 lautet) beruht weniger auf der Exporttätigkeit an sich, als auf intensiviertem Handel als logischer Folge einer arbeitsteiligen – und folglich effizienteren – Wirtschaftsordnung. Seither gilt ein möglichst unbehinderter Handel als Garant des wirtschaftlichen Fortschrittes. Angesichts der historisch überaus wichtigen Rolle einer liberalen Handelspolitik stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die aktuell sich aufschaukelnde Politik der handelspolitischen Restriktionen hat.

Der Schatten der Handelskriege

Der globale Handel ist in den letzten Jahrzehnten deutlich kräftiger gewachsen als die globale Wirtschaftsleistung. Berechnungen der OECD zeigen, dass der Handel (gemessen als Durchschnitt aus Exporten und Importen) seit Beginn der 1980er Jahre von 15 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung auf mehr als 30 Prozent angestiegen ist. Dieser Anstieg wurde nicht ausschließlich, aber doch überwiegend von den Emerging Economies getragen. Mit anderen Worten: Die Weltwirtschaft

ist heute gefährdeter denn je, wenn die globalen Handelsströme willkürlich durchtrennt werden. Auslöser der handelspolitischen Kampfmaßnahmen sind die deutlichen Unterschiede in den Leistungsbilanzsalden verschiedener Länder. Während die USA ein hartnäckiges Defizit aufweisen, erzielen die Europäische Union und China ebenso hartnäckige Überschüsse. Die Höhe des Defizits liegt in den USA bei gegenwärtig gut zwei Prozent des BIP. Die Überschüsse Chinas liegen gegenwärtig bei knapp zwei Prozent des BIP. Der Leistungsbilanzüberschuss des Euroraumes erreicht vier Prozent des BIP (in der EU insgesamt knapp zwei Prozent des BIP) und wird insbesondere von Deutschland getragen, das einen Überschuss von acht Prozent des BIP aufweist.

US-Exportquote von zwölf Prozent

Handelspolitische Restriktionen zur Reduktion des Leistungsbilanzdefizits sind im Regelfall wenig Erfolg versprechend. Naturgemäß stärker betroffen sind jene Länder, die einen hohen Anteil der Exporte am BIP aufweisen – somit kleine, offene Volkswirtschaften (Österreich hat eine Exportquote von mehr als 50 %) oder auch die stark exportorientierte Europäische Union (mit einer Exportquote von rund 40 Prozent, allerdings einschließlich innergemeinschaftlicher Versendungen). Weniger betroffen ist China, das aufgrund der Größe des Binnenmarktes eine Exportquote von knapp 20 Prozent aufweist, oder gar die USA mit einer Exportquote von zuletzt rund zwölf Prozent. Diese Rechnung dürfte auch im Hinterkopf US-amerikanischer Handelskriege stehen, die aufgrund der geringen Außenhandelsabhängigkeit der USA mit einem Sieg im Handelskrieg rechnen. Dabei werden aber wichtige Faktoren übersehen: Nicht beachtet wird die star-

Foto: Ian Ehm



Die Prognosen zeigen eine globale Konjunkturlandschaft, die sich hartnäckig gegen einen raschen Fall in die Rezession wehrt und ein erfreulich ruhiges Ausklingen des Konjunkturzyklus andeutet.

ke globale Verankerung vieler führender US-Unternehmen, die sich in einem verschärften Handelskrieg negativ auf deren Geschäftsentwicklung und deren Börsenperformance auswirkt. Auch werden handelspolitische Maßnahmen die US-Importe verteuern und so zu einer Reduktion der Kaufkraft der Bevölkerung führen. An den Stellschrauben der Handelspolitik zu drehen kann viele nicht vorherberechenbare Auswirkungen haben. Sicher ist nur, dass Handelskriege keine Gewinner kennen.

Gezeitenwechsel

Vor dem mächtigen Hintergrund der handelspolitischen Drohkulissen verblasst die Bedeutung der aktuellen Konjunkturprognosen. Zu Unrecht, denn die Prognosen zeigen eine globale Konjunkturlandschaft, die sich hartnäckig gegen einen raschen Fall in die Rezession wehrt und ein erfreulich ruhiges Ausklingen des Konjunkturzyklus andeutet. Die jüngste Prognose der Weltbank (Juni 2018) spricht zwar im Untertitel von einem Gezeitenwechsel, sieht aber bis in das Jahr 2020 keine Abkühlung der globalen Konjunktur vorher. Den moderat schwächeren Wachstumsraten in den USA und den anderen entwickelten Industrieländern sowie einer geringfügigen Wachstumsverlangsamung in China stehen laut Weltbankprognose kräftigere Zuwachsraten in Emerging Markets gegenüber. Die globale Wirtschaftsleistung (gemessen zu Kaufkraftparitäten) wird, nach 3,7 Prozent im Jahr 2017, in den drei Folgejahren um 3,8 Prozent (2018 und 2019) und neuerlich um 3,7 Prozent (2020) zulegen. Zu den Risiken für die Wirtschaftsentwicklung zählt laut Weltbank-Bericht insbesondere der drohende Protektionismus: Selbst eine Anhebung von Zöllen in einem durch die Regularien der WTO grundsätzlich erlaubten Ausmaß würde einen mit der Wirtschafts-

krise 2008 vergleichbaren Einbruch im internationalen Handel auslösen. Ein weiteres Risiko, das zuletzt auch von der OECD mit wachsender Besorgnis registriert wurde, liegt in der (zusammenhängenden) Mischung aus starkem US-Dollar und steigenden US-Zinsen: Der steigende Inflationsdruck hat die Zinsen zuletzt ansteigen lassen, insbesondere im kurzfristigen Bereich. Zudem haben im zweiten Quartal 2018 einige Währungen von Emerging Marktes relativ deutliche Kursverluste gegenüber dem US-Dollar zu verzeichnen gehabt. Beide Faktoren zusammen verteuern die Bedienung von Dollar-Schulden durch Regierungen und Wirtschaftsunternehmen in Emerging Markets und erhöhen die Gefahr von Schuldenkrisen.

Anhaltend positive Stimmung

Die Konjunktüreinschätzung durch die Industrie liegt weiterhin nahe dem historischen Höchstwert, die leichte Korrektur zum Ende des ersten Quartals 2018 hat sich nicht zu einem Abwärtstrend verdichtet. Während die Lagerbestände auf dem etwas erhöhten Niveau bleiben, das Ende des ersten Quartals zu verzeichnen war, hat sich der beobachtete Produktionstrend gefestigt und damit auch die Zuversicht hinsichtlich der weiteren Produktionsentwicklung gestärkt. Eine konkrete Abbildung in den Bestellungen findet diese erhöhte Erwartung aber nicht. Nicht unwesentlich gesunken sind in mehreren Ländern die Erwartungen, dass Preiserhöhungen am Markt durchgesetzt werden können: Was für Unternehmen tendenziell eine schlechte Nachricht darstellt, bedeutet für die Geldpolitik eine willkommene Entspannung auf der Inflationsseite. In der österreichischen Industrie hat sich die positive Einschätzung in den letzten Monaten gefestigt, ohne aber zu neuen Höhepunkten zu eilen. ■

Wachstum legt trotz globaler Störfaktoren zu

Die heimische Industrie erwirtschaftete in den ersten drei Monaten 2018 ein Produktionsvolumen von 42,3 Milliarden Euro.

Mag. Andreas Mörk



Mag. Andreas Mörk

Nach der Produktionssteigerung von nominell 8,9 Prozent im abgelaufenen Jahr 2017 konnten die österreichischen Industriebetriebe auch im 1. Quartal 2018 ihre konjunkturelle Wachstumsphase fortsetzen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria erwirtschaftete die heimische Industrie in den ersten drei Monaten 2018 ein Produktionsvolumen von 42,3 Milliarden Euro. Das sind um nominell 8,3 Prozent beziehungsweise absolut um 2,3 Milliarden Euro mehr als im Startquartal des Vorjahres. Real – mit dem HVPI inflationsbereinigt – ergibt dies eine Steigerung um 6,2 Prozent.

Auftragseingänge der Industriebetriebe

Die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe wiesen in den ersten drei Monaten 2018 mit 27,4 Milliarden Euro einen nominellen Anstieg um 10,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum aus, wobei sich die inländischen um 9,7 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro sowie die ausländischen Auftragseingänge um 10,4 Prozent auf 20,5 Milliarden Euro erhöhten. Zweistellige Steigerungen bei den Auftragseingängen erzielten im 1. Quartal 2018 die Industrie-Branchen Papier, Bau, NE-Metall und Fahrzeuge. Gleichbleibende Auftragseingänge meldeten die Elektro- und Elektronikindustrie sowie die chemische Industrie. Erfreulicherweise gingen die Aufträge in keiner einzigen Branche zurück.

Industriebeschäftigte

Im Durchschnitt des 1. Quartals 2018 waren in den heimischen Industriebetrieben insgesamt 413.087

Personen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr vergrößerte sich die Anzahl des Eigenpersonals um 3,4 Prozent beziehungsweise um 13.676 Mitarbeiter. Die Anzahl der Arbeiter erhöhte sich um erfreuliche 3,5 Prozent auf 222.778 sowie jene der Industrieangestellten ebenfalls um 3,5 Prozent auf 176.561. Die Anzahl des Fremdpersonals in der heimischen Industrie stieg in den ersten drei Monaten 2018 um 13,1 Prozent auf insgesamt 28.247 Personen. Zählt man zum Eigenpersonal der heimischen Industrie das Fremdpersonal hinzu, so wies der Gesamtbeschäftigtenstand im Durchschnitt des 1. Quartals 2018 insgesamt 441.334 Arbeitnehmer aus (+ 4,0 Prozent gegenüber dem Zeitraum Jänner – März 2017).

Österreichs Warenexporte

Österreichs Exporte, von denen rund drei Viertel von der heimischen Industrie getätigt werden, machten im Zeitraum Jänner – März 2018 insgesamt 37,2 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres (Vorläufige Ergebnisse) bedeutet dies ein nominelles Plus von 4,8 Prozent bzw. von 1,7 Milliarden Euro. Die Lieferungen in den Europäischen Binnenmarkt, in den über 70 Prozent der gesamten Ausfuhren gehen, erhöhten sich im 1. Quartal 2018 um 3,8 Prozent auf 26,2 Milliarden Euro. In die EFTA stiegen die österreichischen Warenlieferungen um 9,3 Prozent auf 2,0 Milliarden Euro an. In das Übrige Europa konnte eine Steigerung der Ausfuhren um 6,2 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro erzielt werden. Die Exporte in die Russische Föderation stiegen nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria um 5,1 Prozent auf 547 Millionen Euro sowie in die Türkei um 8,4 Prozent auf 325 Millionen Euro. Richtung Übersee legten die Exporte nach Asien um 8,9 Prozent auf 3,3 Milliarden Euro zu (nach China +10,9 Prozent, nach Japan +18,7 Prozent, nach Südkorea +57,2 Prozent). Nach Amerika wurde ein

Foto: WKÖ

Wachstum um 5,9 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro an (in die USA +3,7 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro, nach Kanada +19,7 Prozent und nach Mexiko +19,1 Prozent) verzeichnet. Die österreichischen Exporte nach Nordamerika stiegen um 5,2 Prozent beziehungsweise nach Mittel- und Südamerika um 8,4 Prozent. Auch nach Afrika (+1,2 Prozent auf 402 Millionen Euro) und nach Australien/Ozeanien (+14,3 Prozent auf 328 Millionen Euro) verzeichneten die Ausfuhren im Berichtsquartal Steigerungen. Deutschland war mit einem Anteil von über 30 Prozent an den Gesamtausfuhren weiterhin das bedeutendste Lieferland österreichischer Waren (+ 3,1 Prozent auf 11,3 Milliarden Euro).

Konjunktureinschätzung der Industriefachverbände über das 2. Quartal 2018

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktureinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ zeigen für das zweite Quartal 2018 eine Fortsetzung der allgemeinen Wachstumsphase. Bei der Produktion ergibt der Saldo der abgefragten 14 Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ „+ 6“, wobei 60 Prozent der Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung und 40 Prozent eine steigende Industrieproduktion (das sind die Fachverbände Metalltechnik, Elektro/Elektronik, Propak/Pappe und Karton, Chemie, Fahrzeuge und NE-Metall) erwarten. Die Einschätzung der Auftragseingänge für das 2. Quartal 2018 fällt mit dem Saldo „+ 6“ ähnlich optimistisch aus wie jene der Produktion. Eine besonders positive Einschätzung wurde von der Fahrzeugindustrie gemeldet. Positiv sind zudem die Branchen Metalltechnik, Elektro/Elektronik, Propak, Bau und NE-Metall.

Bei den Beschäftigten zeigt der Saldo „+ 3“. Dreiviertel der vierzehn Industriebranchen rechnen mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenentwicklung. Das bedeutet, dass die Mehrzahl der Industriesegmente den aktuellen Beschäftigtenstand im 2. Quartal 2018 halten wird. Nur die drei Branchen Fahrzeugindustrie, Chemie und Elektro/Elektronik erwarten einen Ausbau ihrer Beschäftigten.

Österreichs Industrie: Abgesetzte Produktion

Nominelle Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistik Austria; Konjunkturstatistik Produzierender Bereich; Sonderauswertung Kammersystematik

Österreichs Industrie - Beschäftigte - Eigenpersonal sowie Gesamtpersonal (Eigen- und Fremdpersonal) absolut in 1.000



Quelle: Statistik Austria; Konjunkturstatistik Produzierender Bereich; Sonderauswertung Kammersystematik

Österreichs Ausfuhren

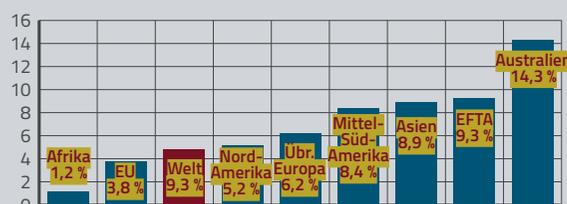
Nominelle Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistik Austria; Außenhandel, vorläufige Daten 2017 und 2018

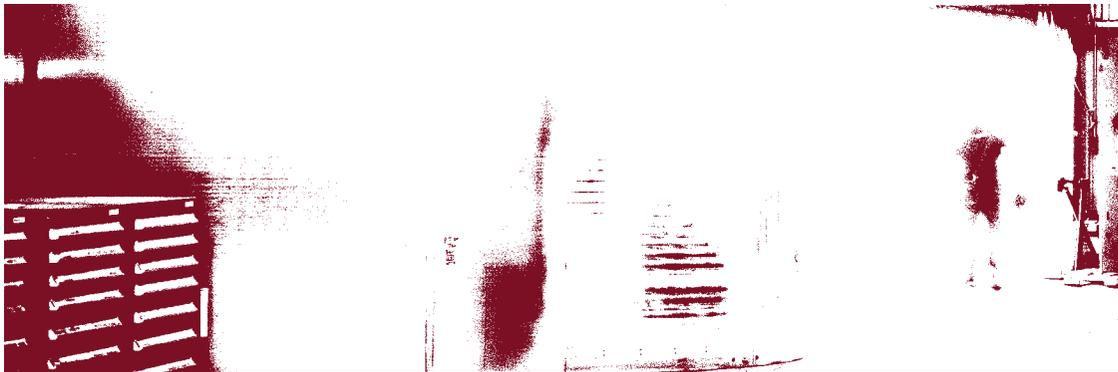
Österreichs Ausfuhren im ersten Qu. 2018

Nach Wirtschaftsblöcken, nomin. Veränd. zum Vorjahresqu. in %



Quelle: Statistik Austria, Außenhandel; vorläufige Daten 2018 gegenüber den vorläufigen Daten 2017

Branchenübersicht Stabil auf hohem Niveau



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

2. Quartal 2018	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	1.Q18/1.Q16 in Prozent	Einschätzung 2.Q18/2.Q17	1.Q18/1.Q17 in Prozent	Einschätzung 2.Q18/2.Q17	Einschätzung 2.Q18/2.Q17
Bergwerke und Stahl	8,2	↔	1,6	↔	↔
Stein- und keramische Industrie	-4,1	↔	0,0	↔	↔
Glasindustrie	5,2	↔	-0,3	↔	↔
Chemische Industrie	1,7	↑	1,5	↑	↔
Papierindustrie	6,0	↔	-8,2	↔	↔
PROPAK - Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	4,8	↑	-0,9	↔	↑
Bauindustrie	7,5	↔	11,3	↔	↑
Holzindustrie	5,9	↔	-0,5	↔	↔
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5,9	↔	1,2	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-2,9	↔	-5,1	↔	↑
NE-Metallindustrie	8,0	↑	2,8	↔	↑
Metalltechnische Industrie	1,6	↑	5,1	↑	↑
Fahrzeugindustrie	29,4	↑	17,4	↑	↑
Elektro- und Elektronikindustrie	4,1	↑	3,4	↑	↑
Industrie gesamt	8,3	↑	3,4	↔	↑

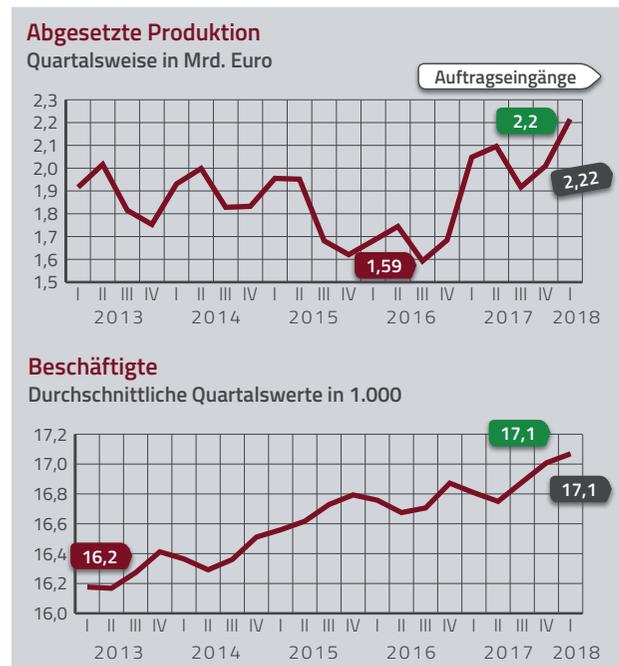
Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik, ¹⁾Eigenpersonal

Gesamtindustrie

Nach der Produktionssteigerung von nominell 8,9 Prozent im abgelaufenen Jahr 2017 konnten die österreichischen Industriebetriebe auch im 1. Quartal 2018 ihre konjunkturelle Wachstumsphase fortsetzen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria erwirtschaftete die heimische Industrie in den ersten drei Monaten 2018 ein Produktionsvolumen von 42,3 Mrd. Euro. Das sind um nominell 8,3 Prozent bzw. absolut um 2,3 Milliarden Euro mehr als im Startquartal des Vorjahres. Real – mit dem HVPI inflationsbereinigt – ergibt dies eine Steigerung um 6,2 Prozent. Innerhalb der Industrie wiesen 14 Branchen in den ersten drei Monaten 2018 nominelle Produktionssteigerungen aus. Zwei Fachverbände, nämlich die Stein- und keramische Industrie sowie die Textil/Bekleidung/Schuh/Lederindustrie konnten keine Produktionszuwächse verzeichnen. Ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten die Branchen Gas/Wärme und die Fahrzeugindustrie. ■

Bergwerke und Stahl

Die starke konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft setzte sich auch im 2. Quartal 2018 in Europa weiter fort. Unsicherheitsfaktoren, wie die von den USA auf Stahl und Aluminium eingeführten Strafzölle, aber auch die politische Entwicklung in Russland und Asien, machen Prognosen schwierig. Dementsprechend verzeichnete der österreichische Bergbau eine unterschiedliche, aber insgesamt stabile Entwicklung. Eine vielversprechende Meldung kommt von European Lithium, die für die bedeutende Kärntner Lagerstätte ein Genehmigungsverfahren beantragt haben. Weiters wurde der Feuerfest-Konzern RHI Magnesita mit dem Exportpreis ausgezeichnet. Auch die österreichische Stahlindustrie erzielte im 2. Quartal ein gutes Ergebnis. Sowohl Nachfrage als auch Produktion bewegen sich auf hohem Niveau. Unverändert hoch war der Bedarf der Automobilindustrie, der Maschinenbau- und Konsumgüterindustrie. Etwas schwächer war der Bedarf beim Öl- und Gassektor und der Eisenbahninfrastruktur. ■



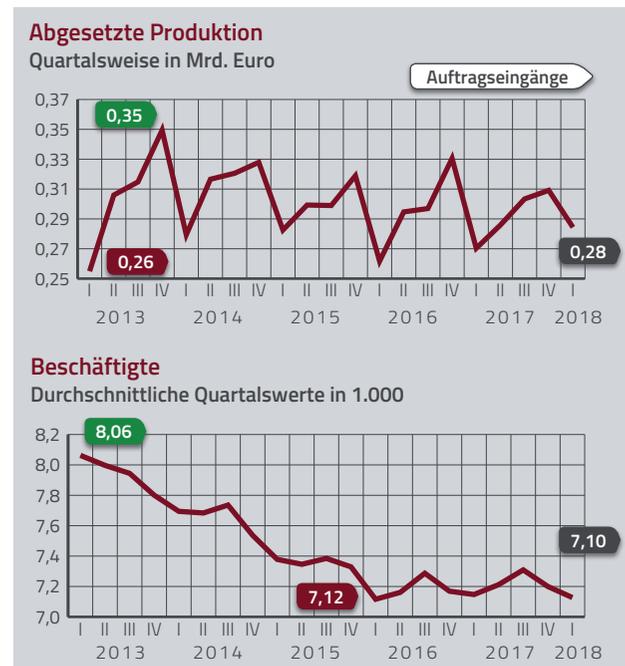
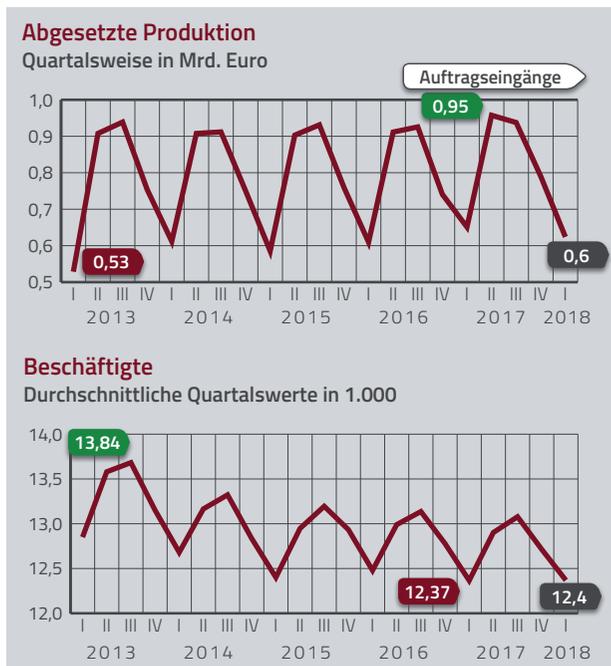
Stein- und keramische Industrie

Auftragslage und Produktion in den hochbauorientierten Berufsgruppen des Fachverbands Steine-Keramik liegt im 2. Quartal etwa auf Vorjahresniveau. Im Bereich Tiefbau bewegt man sich ebenfalls auf Vorjahresniveau oder leicht darüber. Hier kommen große lokale Unterschiede zum Tragen. Die Entwicklung der Exporte in den Zulieferindustrien wie Schleifmittel, Feinkeramik und Feuerfest ist überwiegend positiv. Problematisch ist die Entwicklung der Preise. Der Druck der Vorjahre hat nicht nachgelassen. Gleichzeitig sind die Rohstoffpreise für die Baustoffproduktion im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Das belastet weiterhin die Ertragslage der Betriebe. Noch kann der Beschäftigungsstand auf dem gleichen Niveau gehalten werden. Positiv ist, dass aufgrund der guten Baukonjunktur sich das Investitionsklima positiv entwickelt. Wichtig ist aber, dass ein Standortpaket der Bundesregierung einen Beitrag zur langfristigen Beschäftigungs- und Konjunkturabsicherung leistet. ■

Glasindustrie

Die Glasbe- und -verarbeiter als Zulieferbranche erleben den Bauboom zwar hautnah mit, verzeichnen aber keine Zuwächse bei Fenstern und Fassaden. Die Aufträge wandern ins Ausland ab. Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn profitieren von EU-Förderungen und niedrigeren Lohnkosten. Das führt zu niedrigen Margen und auch Werksschließungen in der heimischen Branche. Der Großteil im Wirtschaftsglasbereich wird im Auslandsgeschäft erwirtschaftet. Hersteller spüren den großen Preisvorteil der Mitbewerber und können Preiserhöhungen aufgrund von Überkapazitäten kaum durchsetzen. Auch im Schmuckbereich ist die Situation angespannt. Das Konsumgütergeschäft wächst zwar kontinuierlich, aber der Preisdruck ist enorm. ■

Mit der Nachfrage nach Verpackungsglas sind die Hersteller sehr zufrieden, aber trotz Produktivitätssteigerungen entwickeln sich die Umsätze rückläufig. Das Exportgeschäft wird immer stärker und die Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb härter. ■

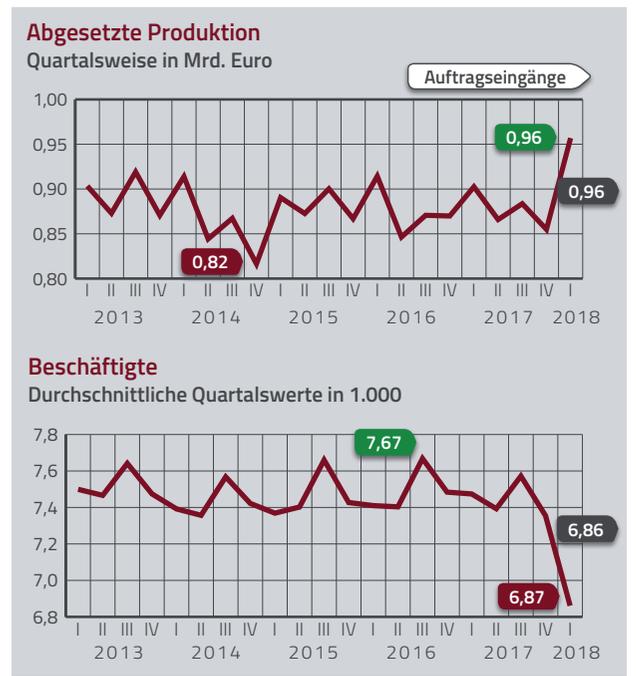
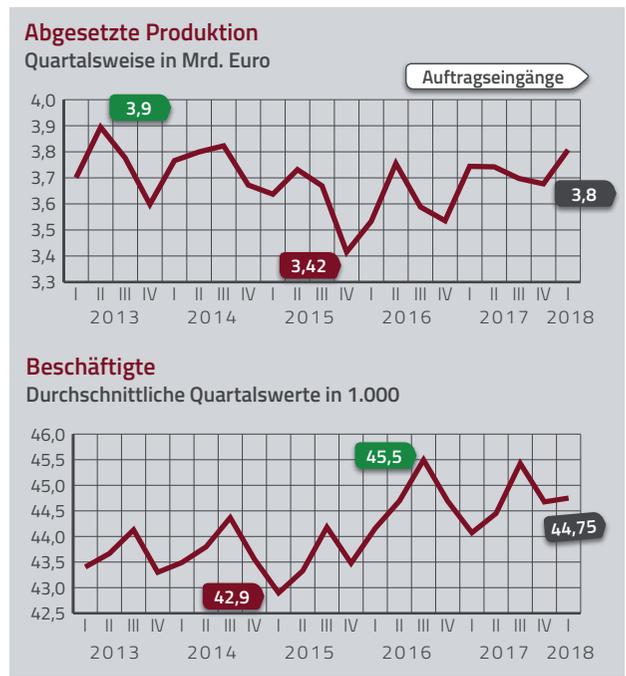


Chemische Industrie

2018 hat für die chemische Industrie dynamisch begonnen. Sie konnte damit an die positive Entwicklung des Vorjahres anknüpfen. Fast alle Teilsparten konnten zulegen. Vor allem Basischemikalien und pharmazeutische Grundstoffe profitierten von einer guten inländischen wie auch ausländischen Nachfrage. Insbesondere Exporte in die EU-Nachbarländer belebten das Geschäft. Allerdings zeichnet sich bereits jetzt eine leichte Konjunktur-Abschwächung. Es wird verstärkt auf Lager produziert, und auch das Anziehen der Rohstoffpreise und die teilweise problematische Rohstoffversorgung könnten dämpfend wirken. Für die 2. Jahreshälfte 2018 sieht die Branche die Entwicklung zwar immer noch positiv, rechnet aber mit einer Abflachung der Wachstumskurve. Schwer einschätzbar sind auch politische Risiken wie der Brexit und eine weitere Eskalation des Handelskrieges mit den USA. Aktuell bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in den nächsten Monaten weiter entwickeln wird. ■

Papierindustrie

Nach einem guten Jahr 2017 bleibt die Produktion bis zum zweiten Quartal 2018 gut. Besonders der Verpackungssektor entwickelte sich durch neue Kapazitäten für Wellpappepapier in Laakirchen sehr gut. Beim Zellstoff gibt es 2018 ein leichtes Plus, in der guten Konjunkturlage sind alle Anlagen voll ausgelastet. In einer Phase mit guter Nachfrage sind die Erlöse bei Papier und Zellstoff zurzeit etwas höher. Der Umsatz entwickelt sich deshalb trotz des kleinen Mengen-Minus gut (+6,9%). Das Preisniveau bei Holz blieb seit Jahresbeginn weitgehend stabil. Altpapier wird durch eine Import-Drosselung der Chinesen wieder günstiger, der Durchschnittspreis je Tonne lag zuletzt bei unter 110 Euro. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK hingegen stieg weiter, im Laufe des letzten Jahres von 900 auf 1200 Dollar. Die Zahl der Beschäftigten sank 2017 auf 7.800 Personen, unter anderem bedingt durch die Schließung der PM 3 in Steyrermühl. ■

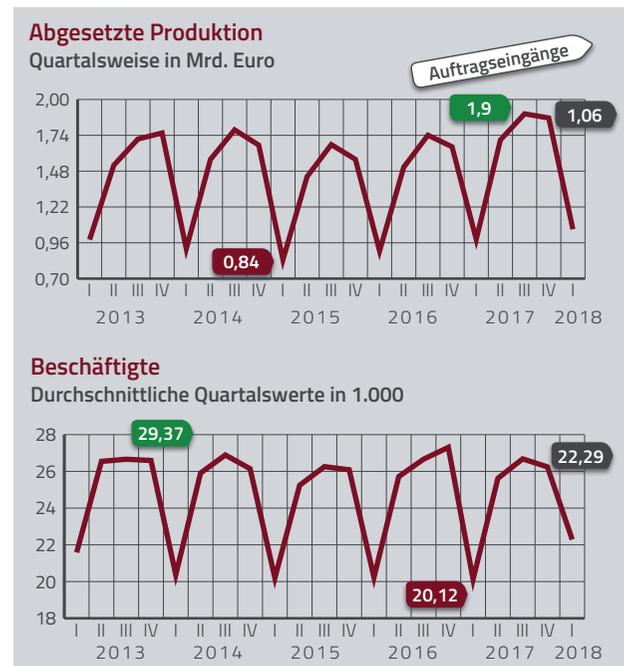


PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die Auftragslage ist gut, die Auftragseingänge nach wie vor leicht steigend. Die Zuwächse bei Wert und Menge sind nach der extremen Mengenkonjunktur des letzten Jahres etwas ausgeglichener, dennoch bleibt eine Entwicklung „im Gleichklang“ die große Herausforderung. Nur wenn es gelingt, steigende Rohmaterialpreise und zusätzliche Kosten aus der Lohnrunde auf dem Markt weiterzugeben, kann die herausfordernde Entwicklung der Wertschöpfung im Jahr 2017 wieder gedreht werden. Der Exportanteil der Branche von fast drei Viertel der Produktion belegt dessen zentrale Bedeutung für die Industrie. Allerdings stellt der wachsende Nachteil bei den Rahmenbedingungen die Firmen auf den Exportmärkten vor steigende Herausforderungen. Der Beschäftigtenstand zeigt keine großen Veränderungen, viele Firmen klagen darüber, zu wenig geeignete Fachkräfte zu finden. Die Investitionspläne sind etwas niedriger angesetzt als für 2017, das Volumen liegt aber noch immer deutlich über 2016. Innovation und Kreativität im Zusammenspiel mit striktem Kostenmanagement sind die wesentlichen Mittel der PROPAK-Unternehmen im Wettbewerb. Vonnöten wäre vor allem ein moderner, kluger und fairer Arbeitszeitrahmen.

Bauindustrie

Auch im zweiten Quartal 2018 entwickelt sich die Auftragslage der Österreichischen Bauwirtschaft positiv. Nach einem etwas verhaltenen Jahresbeginn konnte der Auftragsrückstau abgearbeitet werden. Auch heuer sind insbesondere Wohnungsbau und Wirtschaftsbau die Wachstumsträger. Insgesamt geht das WIFO für die Jahre 2018 bis 2020 von einem jährlichen Wachstum in Höhe von etwa 1,5 Prozent aus. Auch wenn der Wettbewerbsdruck auf die Baupreise etwas nachgelassen hat, ist die Preissituation insbesondere im Bauhauptgewerbe noch nicht zufriedenstellend. Konjunkturbedingt ziehen auch die Beschaffungskosten vieler Baustoffe, aber auch mancher Professionistenleistungen, wieder an. 2018 wurden die Beschäftigungskapazitäten auftragsbedingt in allen Bausparten ausgeweitet. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist laut WIFO-Konjunkturtest für 35 Prozent der befragten Unternehmen das wesentlichste Produktionshindernis.

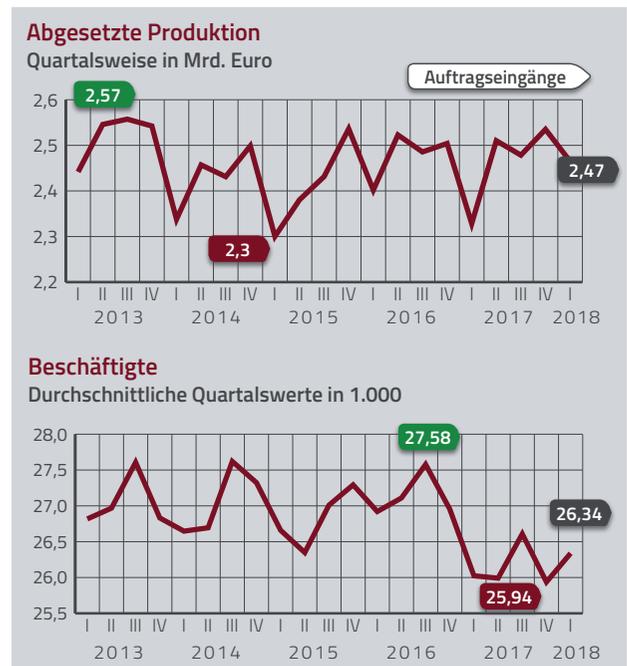
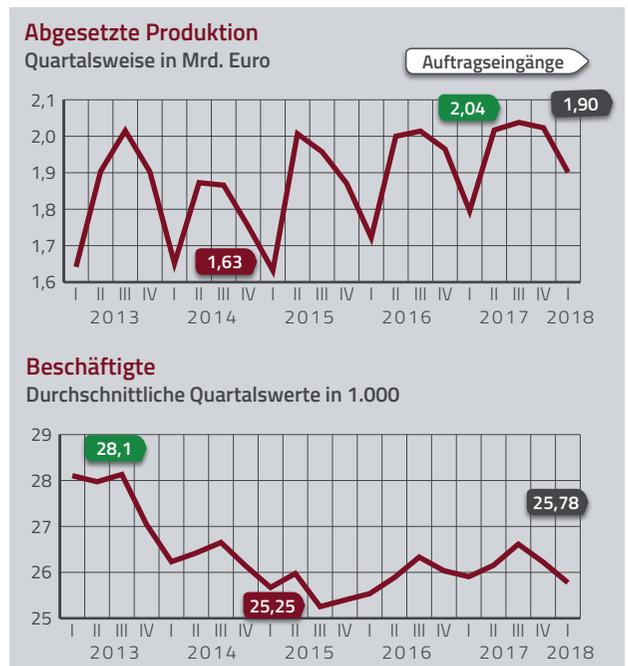


Holzindustrie

In der Holzindustrie ist die Auftragslage größtenteils stabil. Einzelne Branchen entwickeln sich auch erfreulich gut. Auch die Produktion ist anhaltend hoch und steigt vereinzelt. Eine besondere Stütze für die heimische Holzindustrie ist insbesondere der Export. Abgesehen von etwas günstigerem, weil ausreichend verfügbarem Rohstoff Holz, ist die Kostensituation in allen Bereichen steigend. Die allgemeinen Rahmenbedingungen lassen eine auch weiterhin stabile Beschäftigungssituation erwarten. Der hohe internationale Wettbewerb zwingt die Betriebe in den letzten Jahren aber verstärkt dazu, in nahezu allen Bereichen Investitionen vorzunehmen. Nur dadurch ist eine hohe Wertschöpfungstiefe aller Segmente zu erreichen. In den nächsten Jahren werden die Anstrengungen zur Eroberung neuer Exportmärkte europaweit, aber auch in Österreich, deutlich verstärkt. Sehr Positiv wirken sich die von der EU verhandelten Freihandelsabkommen aus. ■

Lebensmittelindustrie

Der heimische Lebensmittelmarkt ist heiß umkämpft und bleibt 2018 angespannter denn je. Wettbewerb findet auf allen Ebenen entlang der Wertschöpfungskette statt. Die Eigenmarken des LEH gewinnen weiter an Bedeutung. Sie machten bei einigen Handelsketten 2017 bereits mehr als 40 Prozent des Jahresumsatzes aus. Die Zeiten, in denen Eigenmarken eine Domäne der Discounter waren, sind längst vorbei. Weiterhin steigende Absatzzahlen erhoffen sich vielen Branchen von den herrlichen Frühsommertemperaturen mit perfektem Ausflugs- und Grillwetter. Die steigenden Tourismuszahlen und die Fußball-WM in Russland führen zu Umsatzsteigerungen in vielen Branchen. Wachstumstreiber der österreichischen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft war im ersten Quartal 2018 einmal mehr der Export: Dieser legte um sechs Prozent zu. Mit Sorge wird derzeit die aktuelle Entwicklung bei wichtigen heimischen Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie verfolgt. Auch heuer müssen wieder viele Rohstoffe importiert werden. ■

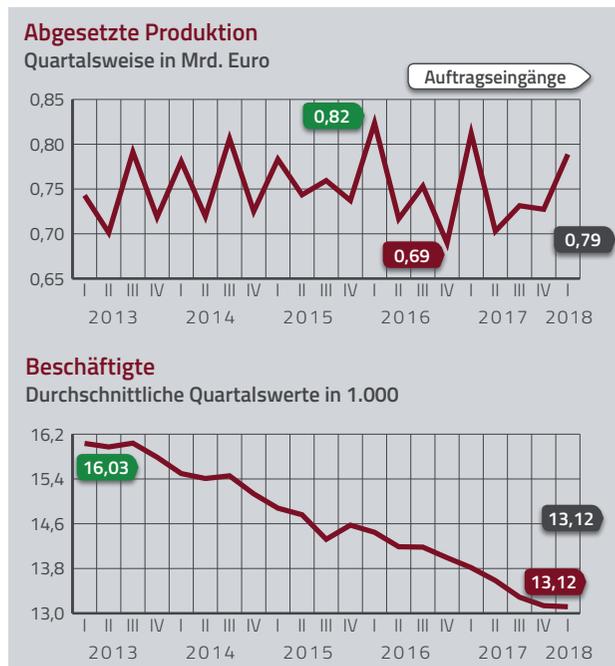


Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

In der Bekleidungsindustrie steigen die Auftragseingänge für die kommende Wintersaison im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Jahr 2018 erwarten 46 Prozent ein gleichbleibendes und 36 Prozent sogar ein besseres Ergebnis als noch im Vorjahr. Die Auftragslage der ledererzeugenden Industrie zeigt für Europa eine leicht fallende Tendenz. Nahezu 100 Prozent gehen in den Export. Doch der Preisdruck verschärft sich, und die Stückkosten für die heimischen Standorte sind zu hoch. Teilweise ist eine Verlagerung der Fertigung in Schwellenländer geplant. Die Auftragslage in der Schuh- und Lederindustrie ist stabil. Die Exporte steigen. Die Preise sind stabil, wobei die Kosten durch steigende Löhne und nicht ausgelastete Kapazitäten wieder nach Oben gehen. In der Textilindustrie sind die Exporte im 1. Quartal 2018 auf 650 Millionen Euro (+ 3,8 %) und die Importe im gleichen Zeitraum auf 981 Millionen Euro (+ 0,1 %) gewachsen.

NE-Metallindustrie

Im 2. Quartal 2018 setzte Österreichs NE-Metallindustrie die positive Entwicklung weiter fort. Das konjunkturelle Umfeld der Weltwirtschaft präsentierte sich weiterhin dynamisch. Auch die Notierungen für NE-Metalle an der LME (London Metal Exchange) sind nach wie vor im Aufwärtstrend. Auch für das kommende Jahr prognostiziert man Steigerungen. Allerdings sind bereits Anzeichen eines Nachlassens der Konjunktur vorhanden. Die österreichische Aluminiumindustrie wies im 2. Quartal 2018 nur mehr leichte Zuwachsraten auf. Zusätzliche Beeinträchtigungen werden durch die US-Sanktionen in Form von Strafzöllen auf die Einfuhr von Aluminiumprodukten erwartet. Die österreichische Kupferindustrie verzeichnete auch im 2. Quartal 2018 eine starke Nachfrage. Die Produktionsmenge von Kupferformaten aus Kupferkathoden lag über jener des Vorjahresquartals. Auch bei Kupferhalbfabrikaten (copper semis) war die Nachfrage, insbesondere aus der Bauindustrie, stärker als in den Vorquartalen.

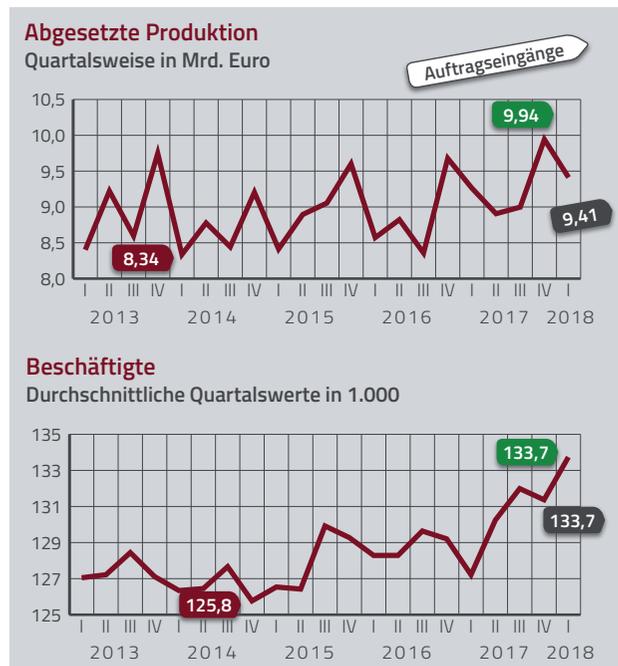


Metalltechnische Industrie

Die auffälligste Entwicklung in der österreichischen Metallwarenherstellung ist der Rückgang der Auftragsbestände in den letzten Monaten. Diese lagen bis vor kurzem auf einem hohen Niveau und haben zu einem Wachstumsschub zu Beginn des Jahres geführt. Nun sind die Auftragsbestände wieder auf das langjährige Durchschnittsniveau gesunken. Schon in den nächsten Monaten wird das zu einem Rückgang der Wachstumsraten in dieser Branche führen. Der Anteil der Metallwarenhersteller, der mit dem Bestand an Auslandsaufträgen sehr zufrieden ist, ist in den letzten beiden Monaten von 29 auf 14 Prozent gefallen. Dagegen zeigt sich der Maschinenbau momentan sehr robust. Das Wachstum in den ersten Monaten 2018 war hoch, und die Erwartungen sprechen für eine Fortsetzung des positiven Trends. Auch die Auftragsbestände sind auf einem Rekordniveau. Für die zweite Jahreshälfte 2018 und 2019 mehren sich aber die Unsicherheitsfaktoren.

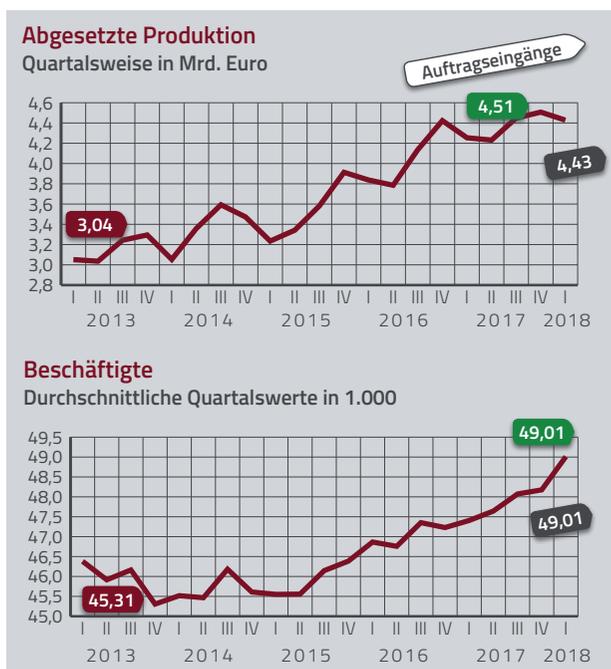
Fahrzeugindustrie

Seit Anfang des Jahres 2018 ist in der österreichischen Fahrzeugindustrie ein starker Konjunkturaufschwung zu beobachten. Im Vergleich zum Vorjahresquartal beträgt der Zuwachs beim Produktionsvolumen 40 Prozent. Meldungen aus der Nutzfahrzeugsparte lassen für 2018 einen Produktionszuwachs im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von neun Prozent erwarten. Aufgrund einer sehr guten Auftragsentwicklung ist aber der Pkw-Bereich der stärkste Wachstumstreiber in der Fahrzeugindustrie. Das Produktionsvolumen wird sich im Vergleich zu 2017 verdoppeln und auf 200.000 Fahrzeuge pro Jahr steigen. Innovationsprojekte aus den Bereichen autonomes Fahren und E-Mobilität stärken zudem den Standort Österreich. In Summe werden hierfür 2018 in der heimischen Fahrzeugindustrie rund 950 Millionen Euro für Investitionen und F&E eingesetzt. Mit dem starken Produktionszuwachs stieg schon in den vorangegangenen Quartalen das Beschäftigungsvolumen stark an.



Elektro- und Elektronikindustrie

Die anhaltend sehr gute Konjunktorentwicklung der Weltwirtschaft und eine etwas schwächere, aber durchaus wachsende Wirtschaftsentwicklung im EU-Raum prägte auch die Konjunkturlage der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im ersten Halbjahr 2018. Nahezu alle Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie konnten Produktionszuwächse verzeichnen beziehungsweise ihr hohes Produktionsniveau halten. Auch das Investitionsklima ist anhaltend gut, und die Exportnachfrage ist im zweiten Quartal 2018 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen. Das bringt auch mit sich, dass die Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum gewachsen sind. Angesichts der guten Konjunktorentwicklung und Auftragslage im ersten Halbjahr 2018 rechnet die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie mit einem Anhalten der guten wirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Halbjahr 2018. ■



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industrielwissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 5 13 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 24 7058831

Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:
Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter:
Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser,
Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:
Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industrielwissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4, Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industrielwissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:
Stephan Scoppetta (Chefredakteur),
Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)
www.feuerreifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar,
www.floorfour.at

Coverbild: Designed by skadyfernix / Freepik

Bilder: So nicht anders angeführt wurde das Bildmaterial beige stellt

Autoren: Mag. Sigi Menz, Mag. Andreas Mörk,
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,
Dipl.-Ing. Oliver Dworak, Sebastian Wegener

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industrielwissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 5 13 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien
Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

Die Industrie bleibt Dreh- und Angelpunkt der österreichischen Wirtschaft

Die Industrie ist für einen wesentlichen Teil des Wohlstandes in diesem Land verantwortlich und Motor der ökonomischen Entwicklung. Die Neuauflage des „Industriebuch 2018 des Industriewissenschaftlichen Institutes“ zeigt dies in eindrucksvoller Weise. Die soeben erschienene Publikation bietet neben fundierten Analysen zur heimischen Industrie auch umfangreiches Datenmaterial zu ihrer Struktur und Entwicklung.

Der Wirtschaftsstandort Österreich ist charakterisiert durch eine moderne und leistungsfähige Industrie. Als eine der sieben Sparten des Kammerbereichs ist sie ein zentraler Träger von Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung. Die knapp 3.600 Industrieunternehmen erwirtschaften mehr als 155 Mrd. EUR an Produktion, generieren über 42 Mrd. EUR an Wertschöpfung und geben mehr als 421.500 Beschäftigten einen Arbeitsplatz. Der industrielle Sektor, der von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist, spielt in Zukunftsthemen – wie Forschung, Technologie und Innovation (FTI) und Nachhaltigkeit und Umweltschutz – eine bedeutende Rolle. Allein für Forschung und Entwicklung geben die heimischen Industrieunternehmen 4,5 Mrd. EUR aus.

Österreich zählt zu den Ländern mit dem höchsten Wohlstand und der höchsten Lebensqualität. Dies ist nicht Folge eines „Wirtschaftswunders“, sondern einer konsequenten Politik der Offenheit gegenüber der internationalen Arbeitsteilung und dem globalen Wettbewerb. Die Unternehmen der österreichischen Industrie haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie in der Lage sind, gegen härteste Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu bestehen. Um in Zukunft die internationale Spitzenposition Österreichs zu bewahren, ist die Politik gefordert, ein wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, aus dem heraus die Unternehmen zum Nutzen aller zu weiteren Erfolgen auf den globalen Märkten gelangen können.

Die Herausgeber des „Industriebuch 2018 des Industriewissenschaftlichen Institutes“ sind sich einig, dass die Industrie Österreichs zukünftig in einem Umfeld verschärfter und globaler Konkurrenz

bestehen kann und wettbewerbsfähig bleibt. „Das Potenzial für eine künftig gute Entwicklung der heimischen Industrie ist reichlich vorhanden“, sagt Herwig W. Schneider. Andreas Mörk ergänzt: „Entscheidend ist, konsequent an einer umfassenden Stärkung der Zukunftsfaktoren zu arbeiten. In den Unternehmen ist dieser Prozess im Gange.“

Im Sinne von Perspektiven und innovativen Impulsen präsentiert das neue Industriebuch eine breite Palette an Reformideen, von der Bildungspolitik über die Forschungs- und Technologiepolitik bis hin zu den Themen Deregulierung und bürokratische Entlastung sowie Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitszeitgestaltung.

Zu den Herausgebern:

FH-Hon.Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI), das – als nicht gewinnorientierter Verein – seit 1986 Forschung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis betreibt. Mag. Andreas Mörk ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Industriebuch 2018 des Industriewissenschaftlichen Institutes – Hrsg.: Andreas Mörk, M., Schneider, H. W. (2018) – Datum: 2018 – Seitenanzahl: 218 – ISBN: 978-3-901978-17-3 – IWI-Studie 228

Das Buch ist kostenlos über das IWI zu erhalten. Anfragen per E-Mail an: office@iwi.ac.at



